

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Illinghaus, Berlin.
Telefon: Carl Döberl 4199-4200



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin O 2 61, Zehn-März-Platz 8
Druckerei: Copeland

Die Zeitung erfolgt im Colportage.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Untersuchung erfolgt. Redaktion lehnt alle Zusätze
an den Correspondenten, wenn nicht anders beschieden ist. Colportage für alle Teile des Reichs.

Berlin, den 14. Januar 1930

Der Fall Schacht.

Int. Institut
Soz. Gesellschaft
Amsterdam

SPD. Die im Dawesplan zusammengefasste Neuregelung des Reichsbankstatuts wollte u. a. verhüten, dass der Staat mit der Notenbank Missbrauch trieb, was während des Krieges und nach dem Krieg tatsächlich geschehen ist. Der Bogen wurde aber überspannt und es entstand ein Bankgesetz, das dem Reichsbankpräsidenten die Möglichkeit gab, Missbrauch mit dem Staat zu treiben. Es hat sich gefügt, dass man in Dr. Schacht den Mann fand, der von dieser Möglichkeit den weitesten Gebrauch macht. Man mag die Ereignisse im Haag auf das Konto des Ehrgeizes dieses Mannes schreiben. Aber wie dem auch sei: Jetzt muss mit Nachdruck die Forderung erhoben werden, diejenigen Voraussetzungen zu ändern, die den deutschen Reichsbankpräsidenten glauben machten, den Diktator spielen zu können.

Der Machtdünkel Schachts hat der Welt gezeigt, wie ein Notenbankgesetz nicht gemacht werden soll. Es kann gewiss vorkommen, dass schrankenlose Machtstellungen, die einer Person in die Hand gegeben werden, nicht missbraucht werden. Es kommt eben auf die Persönlichkeit an. Aber es kann auch vorkommen, dass Persönlichkeiten in solche Stellungen aufsteigen, die nicht stark genug sind, den Verlockungen der Macht zu widerstehen. Dann zeigt sich, wohin es führt, wenn auch nur an einer einzigen Stelle der Staatsorganisation die demokratischen Sicherungen ausgeschaltet sind. Darum ist es höchste Zeit, soll das demokratische System nicht ernstlich gefährdet werden, darauf hinzuwirken, dass die demokratischen Sicherungen auch gegenüber der Notenbank schleunigst wieder eingebaut werden. Die Frage der Reichsbankorganisation ist eben, wie sich jetzt herausgestellt hat, keine belanglose Fachfrage, sie ist bei der ungeheuren Machtfülle der Notenbank auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik mit eine Lebensfrage der Demokratie.

Wie die Sicherungen beschaffen sein müssen, auf deren Einbau man jetzt drängen muss, ist gewiss eine mehr technische Frage. Aber nachdem bekannt geworden ist, welche Änderungen des Bankgesetzes das Pariser Organisationskomitee den Mächten im Haag präsentiert hat, müssen doch einige Worte über diese Frage gesagt werden. Man wird heute nichts dagegen einwenden können, dass die innere Autonomie der Reichsbank gewahrt wird. Die Leitung einer Notenbank ist in weitgehendem Masse eine Personenfrage und wenn bei der Bestellung des Notenbankpräsidenten dem Staat ein genügender Einfluss gesichert wird (absolutes Einspruchsrecht gegen die Nominierung durch den Generalrat), so ist einigermaßen die Gewähr dafür gegeben, dass die Politik der Notenbank sich auf der Linie der Staatspolitik bewegt. Ausreichend ist aber diese Sicherung, soweit es sich um die Persönlichkeit des Reichsbankpräsidenten handelt, nur dann, wenn seine Amtszeit möglichst kurz ist und das Reich auch das Recht auf Abberufung des Reichsbankpräsidenten im Notfall erhält und zwar nicht nur, wenn er die Statuten des Bankgesetzes verletzt - eine Bestimmung, die in der Regel auf dem Papier stehen bleiben dürfte, - sondern auch, wenn er in einen offensichtlichen

Widerspruch mit der Gesamtpolitik des Reichs gerät.

Aber über die Person des Reichsbankpräsidenten hinaus gilt es, die Reichsbank zu einer Institution umzugestalten, die sich in die demokratische Organisation des Staatswesens einfügt. Das demokratische Element, das in die Reichsbank eingebaut werden müsste, könnte der Generalrat werden. Aber was das Organisationskomitee aus dem Generalrat machen will, ist das Gegenteil von Demokratie: Die heutigen deutschen Mitglieder des Generalrats, ausschliesslich prominente Vertreter des Finanzkapitals, sollen das Recht erhalten, drei weitere Mitglieder hinzuzuwählen (kooptieren). Das ist Verewigung der Herrschaft des Finanzkapitals innerhalb der Reichsbank, desselben Finanzkapitals, über das die Notenbank die Kontrolle führen soll. In diesem Punkt liegt die unerträglichste Bestimmung des projektierten Bankgesetzes. Sie zu ändern, müsste Deutschlands gegenwertige Hauptsorge sein. Der Generalrat soll mit allen seinen Funktionen bestehen bleiben, aber als eine demokratische Institution. Seine Zusammensetzung sollte am ehesten der des Reichswirtschaftsrats angepasst sein. Denn wie der Reichswirtschaftsrat ist auch der Generalrat der Reichsbank ein oberstes staatliches Organ der Wirtschaft und es ist beschämend, wenn heute noch ausdrücklich gesagt werden muss, dass zur Wirtschaft auch die Arbeiter gehören.

Schliesslich ist noch ein Verbindungsglied zwischen der Reichsbank und der Reichsregierung unerlässlich, das die Autonomie der Reichsbank nicht antastet, aber die dauernde Fühlung zwischen den beiden Stellen aufrechterhalten soll, damit die Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik nicht gestört wird. Diese Aufgabe muss dem Reichskommissar gestellt werden. Das ist aber eine Aufgabe, die nicht auf dem Gebiete der Rechnungsprüfung liegt wie die des Präsidenten des Rechnungshofs, sondern eine wirtschaftspolitische Aufgabe, mit der die Regierung einen wirtschaftspolitischen Fachmann ihres Vertrauens beauftragen muss.

Das sind die wichtigsten Lehren, die aus dem Fall Schacht gezogen werden müssen. Werden sie heute nicht gezogen, begnügt man sich damit, die Reichsbank zur Beteiligung an der internationalen Zahlungsbank zu zwingen oder selbst den Sturz Schachts zu erzwingen, so ist damit keine Gewähr gegeben, dass der Fall Schacht sich nicht bald in neuer Auflage wiederholt. Wir brauchen mehr als die Beseitigung der unmittelbar der Demokratie drohenden Gefahr Schacht. Wir brauchen ihre dauernde Sicherung und dazu brauchen wir im demokratischen Staat eine demokratische Reichsbank.

SPD. Genf, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat beschloss am Dienstag, die Anpassung des Völkerbunds-
paktes an den Kelloggspakt einem 11-gliedrigen Ausschuss zu übertragen, der zum
ersten Male am 20. Februar zusammentreten soll.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde über die Tätigkeit und das Pro-
gramm der Wirtschaftsorganisationen des Völkerbundes berichtet. Die Aufhebung
der Ein- und Ausfuhrverbote ist immer noch durch die Weigerung Polens und der
Tschechoslowakei gefährdet. Henderson wies darauf hin, dass die Zollfriedens-
konferenz nur dann mit Aussicht auf ein positives Ergebnis stattfinden könnte,
wenn die beiden Staaten sich vorher der Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote
noch anschliessen. - Es wurde schliesslich noch ohne Debatte beschlossen, die
Zollfriedenskonferenz zum 17. Februar einzuberufen.

SPD. Athen, 14. Januar (Eig.Drahtb.)

An der griechisch-albanischen Grenze überfiel eine Räuberbande eine Kolonne von sechs Personenautos, schlug 9 Personen tot und beraubte 30 bis auf's Hemd. Nach vollbrachter Tat entflohen die Räuber in die Berge der Provinz Epirus.

SPD. Dresden, 14. Januar (Eig.Drahtb.)

Die sächsische Regierung blieb am Dienstag bei der Abstimmung über ein Misstrauensvotum gegen die Gesamtregierung mit 47 gegen 42 Stimmen in der Minderheit. Für das Misstrauensvotum stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Altsozialisten. Die vier Demokraten enthielten sich der Stimme während drei Abgeordnete der Aufwertungspartei vor der Abstimmung den Saal verlassen hatten. Das Misstrauensvotum gilt trotzdem als abgelehnt, weil nach der sächsischen Verfassung ein Misstrauensvotum nur dann als angenommen betrachtet werden kann, wenn von den 96 Abgeordneten 49 für das Votum gestimmt haben.

Vor der Abstimmung über den Misstrauensantrag stand ein nationalsozialistischer Misstrauensantrag gegen den zur Alten Sozialdemokratischen Partei gehörenden Arbeits- und Wohlfahrtsminister Elsner zur Beratung. Die Nationalsozialisten begründeten ihren Antrag mit dem Hinweis auf die Verluste der sächsischen Wohlfahrtshilfe beim Seidemann-Konzern und mit angeblichen Missständen bei der sächsischen Landesversicherungsanstalt. Die bürgerlichen Regierungsparteien liessen erklären, dass sie sich bei der Abstimmung gegen Elsner der Stimme enthalten würden, weil die Untersuchung über die in Frage stehenden Vorgänge im Bereiche des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums noch nicht abgeschlossen seien. Tatsächlich hätten sie aber Minister Elsner bereits durch den Ministerpräsidenten sagen lassen, dass er ihr Vertrauen nicht mehr besitze. Elsner habe zugesagt, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Diesen Tatbestand bestätigte der Ministerpräsident auf sozialdemokratische Anfrage. Daraufhin erklärte Abg. Böchel (Soz), dass auch die sozialdemokratische Fraktion sich der Stimme enthalten werde, da der Rücktritt Elsners bereits feststehe.

Die beiden der alten sozialdemokratischen Fraktion angehörenden Abgeordneten stimmten gegen das Misstrauensvotum gegen Elsner, 17 Kommunisten und Nationalsozialisten stimmten dafür. Alle übrigen Abgeordneten enthielten sich der Stimme.

SPD. Der Strafgesetzausschuss des Reichstags beendete am Dienstag die in einem Unterausschuss vorberathenen Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuches über Beleidigung. Eine wesentliche Änderung der Regierungsvorschläge hat der Ausschuss nur inbezug auf die Wahrnehmung berechtigter Interessen beschlossen. Danach soll wegen übler Nachrede Bestrafung nicht eintreten, wenn der Täter zur Wahrnehmung eines berechtigten öffentlichen oder ihm nahe angehenden privaten Interesses handelt und er sich erweislich in schuldbarem guten Glauben an die Wahrheit der Äusserung befunden hat. Ausserdem schlägt der Ausschuss vor, die Regierung zu ersuchen, in das Einführungsgesetz Bestimmungen über ein Tatsachen-Feststellungsverfahren aufzunehmen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz) führte aus, dass seine Freunde sich im allgemeinen auf den Boden der Beschlüsse des Unterausschusses stellen würden. Diese Beschlüsse enthielten inbezug auf die straflose Wahrnehmung berechtigter Interessen insofern eine Verbesserung des Regierungsentwurfs, als dieser die Straffreiheit davon abhängig machte, dass das von dem Täter wahrgenommene Interesse das verletzte Interesse des Beteiligten überwiege. Diese Formulierung werde zu

einer Willkür in der Rechtssprechung geführt haben und wäre so unannehmbar gewesen. Fraglich sei allerdings, ob die neue vorgeschlagene Formulierung eine hinreichende Berücksichtigung des Rechts der Presse auf öffentliche Kritik zulasse. Die Sozialdemokratie würde sich unter allen Umständen einer Einschränkung der Pressefreiheit widersetzen und sie wünsche daher, dass bei Wahrnehmung eines berechtigten Interesses Straffreiheit nicht erst eintrete, wenn der Täter sich erweislich in einem schuldhaften guten Glauben an die Wahrheit seiner Äusserung befunden habe, sondern schon dann, wenn die Umstände eine solche Annahme rechtfertigten.

Die Vertreter der bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Zentrums wandten sich gegen die Anregungen der Sozialdemokratischen Fraktion. Ministerialdirektor Schäfer führte gegenüber einem deutschnationalen Verschlechterungsantrag aus, dass im heutigen Staat grundsätzlich jeder Mann öffentliches Interesse wahrnehmen könne. Nur bei Leichtfertigkeit des Täters dürfe Bestrafung eintreten. Wenn der Richter zu der Überzeugung gelange, dass der Täter nicht leichtfertig gehandelt habe, müsse Freisprechung erfolgen. Die sozialdemokratische Anregung würde bis zur 2. Lesung geprüft werden. Darauf hin zog Abg. Dr. Rosenfeld den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Abänderungsantrag zurück. Die Beleidigungsparagraphen des Strafgesetzentwurfes wurden entsprechend den Vorschlägen des Unterausschusses abgeändert.

Der Ausschuss befasste sich dann noch mit den Bestimmungen über die Verletzung des Briefgeheimnisses und über den Verrat von Briefgeheimnisse. (§² 324 bis 325,) Abg. Rosenfeld (Soz) beantragte die für die Verletzung des Briefgeheimnisses vorgesehene Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten entsprechend dem geltenden Gesetz auf 3 Monate herabzusetzen. Der Antrag wurde mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Der Demokrat Ehlermann enthielt sich der Stimme, ein zweiter Demokrat fehlte. § 324 und 325 wurden schliesslich mit unwesentlichen Abänderungen nach dem Regierungsentwurf angenommen.

SPD. Kiel, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kommunisten Nordwest-Deutschlands rufen durch Plakate und Presse- nachrichten zu einem Massenmarsch nach Hamburg auf, wo am 1. und 2. Februar ein Bezirkskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition stattfinden soll. Mit dem Aufruf verbunden sind Drohungen gegen die Hamburger Polizei, von der bei dieser Gelegenheit, wie es in der kommunistischen Presse heisst, "neue Proletarier-Morde bestimmt erwartet" werden.

SPD. Paris, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

In einem am Dienstag vormittag abgehaltenen Ministerrat erstattete Tardieu über die Fortschritte der Haager Konferenz Bericht. Tardieu gab insbesondere seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass der Torpedierungsversuch Schachts von sämtlichen Delegationen einmütig abgelehnt worden ist. Tardieu sprach ferner die Hoffnung aus, dass dem Zwischenfall eine prompte Regelung folgen werde. Er unterstrich schliesslich das einheitliche Vorgehen der Gläubigermächte während der bisherigen Verhandlungen und stellte fest, dass auch zur deutschen Delegation korrekte und gute Beziehungen herrschten.

SPD. Im Tscherwonzenprozess wurde am Dienstag in die Beweisaufnahme eingetreten: Es hat grosser Anstrengungen bedurft, um den Druck der Banknoten zu bewerkstelligen. Vier Frankfurter Photographen, die der Buchhändler Böhle zur Aufnahme des Wasserzeichens zu gewinnen suchte, haben abgelehnt, weil sie der

Sache nicht recht trauten. Ein junger Buchdruckereibesitzer, der die Werkstätte seines Vaters zur Verfügung stellen sollte, hat ebenfalls abgesagt. Stets hat Böhle die Sache so hingestellt, als sollte ein Buch illustriert werden.

Karumidze hat das schlauer angefangen. Er hat sich mit einem Baron von Steinheil zusammengetan und im Namen einer "persisch-türkischen Bank" bei dem Papierfabrikanten Bedenk in München eine Bestellung von Wasserzeichenpapier gemacht, das einen Gesamtwert von nicht weniger als 30 000 Mark hatte. Bedenk machte anfänglich Schwierigkeiten: Er bekommt manchmal merkwürdige Bestellungen - zum Beispiel sollte er einmal Papier mit dem Zeichen Albrecht Dürers liefern; er hat das abgelehnt. Er erinnerte sich wohl auch an den Frankenfälscherskandal in Ungarn. Aber dann wurde ihm ein Schreiben in türkischer Schrift vorgelegt und was noch mehr zog: er bekam 10 000 bare Anzahlung. Der Adelstitel des Vertrauensmannes wird auch seine Wirkung nicht verfehlt haben. In München schwört man noch auf das blaue Blut. Kurzum: Der Handel wurde abgeschlossen. 15 000 Mark von seinen 30 000 hat der Fabrikant wirklich bekommen. Einmal lud er die grosszügigen "persisch-türkischen Bankleute" zu sich zum Abendessen ein. Der Vorsitzende fragt: "Kam Ihnen das nicht merkwürdig vor, dass das Papier für eine Bank in Stambul von einem Münchener Dienstmann abgeholt wurde?" Nein, sagt Bedenk, er sei der Meinung gewesen, dass Aktien darauf gedruckt werden sollten und habe das Papier seemässig in starke Kisten gepackt. Aus den Münchener Polizeibeamten, die im Anschluss daran vernommen werden, ist kaum etwas herauszuholen. Der Inspektor Josef Düringer von der politischen Abteilung hat nur "teilweise Aussageerlaubnis" mit auf den Weg bekommen. Man streitet sich hin und her, wie die Vernehmung dieses Zeugen vor sich gehen soll, der in sechs Wochen 145 Zeugen gehört hat und trotzdem nichts Interessanteres auszusagen weiss, als: "Von Basilius weiss ich, dass er die Bewegung in eine Bahn lenkte, die sich in einer für Deutschland günstigen Form darstellte." Ausserdem orakelt er etwas von "Oelinteressen da unten". Das sind die Früchte eines jahrelangen vertrauten Umganges mit Herrn Dr. Weber. Die Untersuchung ist nach kurzer Zeit dem Falschmünzerdezernat genommen und dem politischen übergeben worden. Da kann man begreifen, warum die Angeklagten sich so auffallend bemühten, gerade in München abgeurteilt zu werden. Die Münchener Polizeibeamten sollen während der ganzen Dauer des Prozesses in Berlin bleiben. Wozu, das ist nicht recht einzusehen. Für sie allerdings bedeutet das einen recht angenehmen Ferienaufenthalt auf Staatskosten.....

Die Berliner und Münchener Bankbeamten, die von Dr. Becker mit seinen falschen Tscherwonzen aufgesucht wurden, wissen auch nichts Besonderes zu berichten. An sich wäre das Geschäft lohnend gewesen: Tscherwonzen, die einen Realwert von 20 Mark haben, wurden für 13 - 14 Mark gehandelt; heute soll man sie sogar für 6 Mark kaufen können. Der Buchdruckereibesitzer Schmidt in Frankfurt hat einen Raum seiner Werkstätte auf 6 Wochen um 2 000 Mark überlassen, bekommen hat er aber nur 700 Mark. Es wurde nur 5 Tage lang bei ihm hinter verschlossenen Türen gedruckt. Eine eigentümliche Rolle spielt bei diesem ganzen Handel des Dr. Becker eine Frau Zipse aus Amberg in Bayern, 44 Jahre alt, Gattin eines Regierungsrates beim Münchener Finanzamt. Sie konnte nicht persönlich erscheinen, weil sie für einen Kunsthändler in Amerika unterwegs ist. Damals ist sie ebenfalls mit einem Kunsthändler nach Berlin gekommen, und hat im Hotel Exzelsior Becker kennengelernt. Bei ihrer Vernehmung gab sie an, Becker, der ihr vorschwindelte, er habe in der Türkei Flughäfen einzurichten und sei mit einer schwer nervenleidenden Frau verheiratet, die laut telefonischer Mitteilung soeben einen Selbstmord versucht habe, aus reinem Mitleid behilflich gewesen zu sein. Sie habe einmal 100 Mark und die Hotelrechnung in Höhe von 40 Mark bezahlt bekommen. Becker berichtet es freilich anders: er habe ihr 10 % Provision in Aussicht gestellt. Die Dame muss sehr gerissen sein, denn sie bestellte unter einem Vorwand den Detektiv Gräger ins Hotel und wollte ihn für den Tscherwonzenhandel benutzen. Gräger ging aber nicht auf den Leim.

Sache nicht recht trauten. Ein junger Buchdruckereibesitzer, der die Werkstatt seines Vaters zur Verfügung stellen sollte, hat ebenfalls abgesagt. Stets hat Böhle die Sache so hingestellt, als sollte ein Buch illustriert werden.

Karumidze hat das schlauer angefangen. Er hat sich mit einem Baron von Steinhilf zusammengetan und im Namen einer "persisch-türkischen Bank" bei dem Papierfabrikanten Bedenk in München eine Bestellung von Wasserzeichenpapier gemacht, das einen Gesamtwert von nicht weniger als 30 000 Mark hatte. Bedenk machte anfänglich Schwierigkeiten: Er bekommt manchmal merkwürdige Bestellungen - zum Beispiel sollte er einmal Papier mit dem Zeichen Albrecht Dürers liefern; er hat das abgelehnt. Er erinnerte sich wohl auch an den Frankenfälscherskandal in Ungarn. Aber dann wurde ihm ein Schreiben in türkischer Schrift vorgelegt und was noch mehr zog: er bekam 10 000 bare Anzahlung. Der Adelstitel des Vertrauensmannes wird auch seine Wirkung nicht verfehlt haben. In München schwört man noch auf das blaue Blut. Kurzum: Der Handel wurde abgeschlossen. 15 000 Mark von seinen 30 000 hat der Fabrikant wirklich bekommen. Einmal lud er die grosszügigen "persisch-türkischen Bankleute" zu sich zum Abendessen ein. Der Vorsitzende fragt: "Kam Ihnen das nicht merkwürdig vor, dass das Papier für eine Bank in Stambul von einem Münchener Dienstmann abgeholt wurde?" Nein, sagt Bedenk, er sei der Meinung gewesen, dass Aktien darauf gedruckt werden sollten und habe das Papier seemässig in starke Kisten gepackt. Aus den Münchener Polizeibeamten, die im Anschluss daran vernommen werden, ist kaum etwas herauszuholen. Der Inspektor Josef Düringer von der politischen Abteilung hat nur "teilweise Aussageerlaubnis" mit auf den Weg bekommen. Man streitet sich hin und her, wie die Vernehmung dieses Zeugen vor sich gehen soll, der in sechs Wochen 145 Zeugen gehört hat und trotzdem nichts Interessanteres auszusagen weiss, als: "Von Basilius weiss ich, dass er die Bewegung in eine Bahn lenkte, die sich in einer für Deutschland günstigen Form darstellte." Ausserdem orakelt er etwas von "Oelinteressen da unten". Das sind die Früchte eines jahrelangen vertrauten Umganges mit Herrn Dr. Weber. Die Untersuchung ist nach kurzer Zeit dem Falschmünzdezernat genommen und dem politischen übergeben worden. Da kann man begreifen, warum die Angeklagten sich so auffallend bemühten, gerade in München abgeurteilt zu werden. Die Münchener Polizeibeamten sollen während der ganzen Dauer des Prozesses in Berlin bleiben. Wozu, das ist nicht recht einzusehen. Für sie allerdings bedeutet das einen recht angenehmen Ferienaufenthalt auf Staatskosten.....

Die Berliner und Münchener Bankbeamten, die von Dr. Becker mit seinen falschen Tscherwonzen aufgesucht wurden, wissen auch nichts Besonderes zu berichten. An sich wäre das Geschäft lohnend gewesen: Tscherwonzen, die einen Realwert von 20 Mark haben, wurden für 13 - 14 Mark gehandelt; heute soll man sie sogar für 6 Mark kaufen können. Der Buchdruckereibesitzer Schmidt in Frankfurt hat einen Raum seiner Werkstätte auf 6 Wochen um 2 000 Mark überlassen, bekommen hat er aber nur 700 Mark. Es wurde nur 5 Tage lang bei ihm hinter verschlossenen Türen gedruckt. Eine eigentümliche Rolle spielt bei diesem ganzen Handel des Dr. Becker eine Frau Zipse aus Amberg in Bayern, 44 Jahre alt, Gattin eines Regierungsrates beim Münchener Finanzamt. Sie konnte nicht persönlich erscheinen, weil sie für einen Kunsthändler in Amerika unterwegs ist. Damals ist sie ebenfalls mit einem Kunsthändler nach Berlin gekommen, und hat im Hotel Exzelsior Becker kennengelernt. Bei ihrer Vernehmung gab sie an, Becker, der ihr vorschwindelte, er habe in der Türkei Flughäfen einzurichten und sei mit einer schwer nervenleidenden Frau verheiratet, die laut telefonischer Mitteilung soeben einen Selbstmord versucht habe, aus reinem Mitleid behilflich gewesen zu sein. Sie habe einmal 100 Mark und die Hotelrechnung in Höhe von 40 Mark bezahlt bekommen. Becker berichtet es freilich anders: er habe ihr 10 % Provision in Aussicht gestellt. Die Dame muss sehr gerissen sein, denn sie bestellte unter einem Vorwand den Detektiv Gräber ins Hotel und wollte ihn für den Tscherwonzenhandel benutzen. Gräber ging aber nicht auf den Leim.

Es gab auch an diesem sechsten Verhandlungstage ein paar komische Zwischenfälle: so als die Tscherwonzennoten herumgezeigt wurden und der Vorsitzende rief: "Geben Sie aber Acht, dass Sie die echten nicht mit den falschen verwechseln!" Oder als sich auf die Frage des Vorsitzenden an einen Zeugen, welcher von den Angeklagten mit ihm verhandelt habe, Bell sich meldete und sein Anwalt ihn anfuhr: "Mensch, sind Sie ein Kamel!"

SPD. Paris, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Theater-Coup, den Herr Dr. Schacht, um seinen Einzug im Haag wirksamer zu gestalten, vom Stapel liess, ist nunmehr als endgültig gescheitert zu betrachten, und der klägliche Rückzug, den Schacht inzwischen antreten musste, hat mit seiner völligen Unterwerfung geendet. Wie der "Temps" mitteilt, hat die französische Delegation am Dienstag vormittag beschlossen, das Einspringen deutscher Privatbanken für die Reichsbank abzulehnen. Ehe dieser Beschluss der deutschen Delegation offiziell mitgeteilt worden sei, habe diese bereits einen Gesetzentwurf angekündigt, der der Reichsbank die Beteiligung am Gründungsfonds der Internationalen Reparationsbank zur Pflicht macht.

Dazu erklärt "Paris Midi" es sei anzunehmen, dass Moldenhauer nunmehr im Haag ohne besondere Schwierigkeiten die kurzfristigen internationalen Kredite finden werde, die das Reich brauche. Gleichzeitig fordert das Blatt mit aller Entschiedenheit, dass im Interesse der internationalen Prestiges der Reichsregierung, der "grössenwahnsinnig gewordene Reichsbankpräsident von dem Posten, den er missbraucht, verjagt werde". Im gleichen Sinne äussert sich die "Liberté", wenn sie erklärt: "Die Reichsregierung hat das Mittel in der Hand, um ihren guten Willen auf das schlagendste zu beweisen, indem sie anstelle Schachts einen Mann an die Spitze der Reichsbank stellt, der seine hohe Mission nicht der Politik Hugenberg's unterordnet. Geschieht dies nicht, so werden die Gläubiger Deutschlands gezwungen sein sich zu sagen, dass die Ausführungen des Youngplanes weniger gesichert seien denn je."

SPD. Das Reichskabinett veröffentlicht über seine am Dienstag mittag abgehaltene Sitzung folgendes Kommuniqué:

"Das Reichskabinett hat sich mit dem Gang der Haager Verhandlungen befasst und, soweit ein Ergebnis vorliegt, der Haltung der deutschen Delegation zugestimmt.

Nachdem die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsbankpräsidenten die Reichskreditgesellschaft A.-G. und die Preussische Staatsbank (Seehandlung) ersucht hat, an Stelle der Reichsbank bis auf weiteres als Gründer der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich diese Banken dazu bereiterklärt. Zum Zwecke der notwendigen Verhandlungen reisen im Laufe des heutigen Abends die Herren Direktor Ritscher und Präsident Schroeder nach dem Haag."

Die Verlautbarung der Reichsregierung wird durch folgendes Kommuniqué ergänzt, das die deutsche Delegation am Dienstag nachmittag im Haag veröffentlichte:

"Die deutsche Delegation wird in der Mittwoch-Sitzung die erforderlichen Schritte tun, um die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen und die Mitwirkung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen gesetzlich zu gewährleisten."

Der Reichsbankpräsident hat in einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärt, dass er sich den sich aus dem Vorgehen der Reichsregierung ergebenden Verpflichtungen nicht entziehen werde. Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert. Die Verlautbarung des Reichskabi-

netts ist in diesem Zusammenhang so zu verstehen, dass Seehandlung und Reichskreditgesellschaft solange als Platzhalter für die Reichsbank zu fungieren haben, bis die erforderlichen Abänderungen im Reichsbankstatut getroffen sind.

+ + +

Das Vorgehen Dr. Schachts im Haag hat damit geendet, dass der deutsche Reichsbankpräsident eine völlige Niederlage einstecken muss. Diese Niederlage bedeutet für Schacht ohne Zweifel einen internationalen Prestigeverlust, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Von Bedeutung ist auch, dass einflussreiche Mitglieder der Berliner Finanz am Dienstag Gelegenheit nahmen, ihre Skepsis gegenüber Schachts Politik zu äussern. Man bezeichnet ihn als den Mann, der sich "im Haag verführen lassen wollte", wie das ganze Auftreten Schachts überhaupt an den unüberlegten Schulbuben erinnert, der sich eines besseren belehren lassen muss - und das nicht zugeben will.

Mit den Ereignissen vom Dienstag kann natürlich die Affäre Schacht nicht erledigt sein. Es genügt nicht, dass der Reichsbankpräsident in diesem bestimmten Fall klein beigegeben hat, sondern es müssen im Interesse des Ansehens und der Autorität der Reichsregierung Vorkehrungen getroffen werden, damit sich Schacht nicht noch einmal als Staat im Staate zeigen kann. Der Ort dafür ist das neue Reichsbankstatut. Es genügt nicht, der Reichsregierung das Recht zu geben, den Reichsbankpräsidenten abuberufen, wenn er gegen das Statut der Bank für internationale Zahlungen usw. verstösst. Die Reichsregierung muss berechtigt sein, den Reichsbankpräsidenten abuberufen, wenn die Politik des Reichsbankpräsidenten sich mit der Reichspolitik nicht mehr verträgt.

Das ist eine Forderung, die mit der Frage der inneren Autonomie der Reichsbank oder gar mit der Frage der Währung nichts zu tun hat. Durch die Erfüllung dieser Forderungen wird die Währung nicht berührt. Alle Bestimmungen im Reichsbankstatut, die sich auf die Währung bzw. Währungsfestigkeit beziehen, bleiben in Kraft. Geändert sollen und müssen nur jene Bestimmungen werden, die es dem Reichsbankpräsidenten bisher ermöglichten, zum Schaden des Deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft mit dem Staat Missbrauch zu treiben.

SPD. Batavia, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Eine grosse Protestkundgebung der Arbeitsgemeinschaft indonesischer nationalpolitischer Parteien beschloss, spätestens in sechs Monaten einen ersten allindonesischen Kongress einzuberufen, der Richtlinien für den Kampf um die nationale Unabhängigkeit festsetzen soll. In einer zweiten Entschliessung wird erklärt, dass der rechtmässige Kampf der Indonesen bis zur Verwirklichung der nationalen Freiheit fortgesetzt und die politische Tätigkeit der indonesischen Nationalpartei noch verstärkt werden müsse. Schliesslich wurde eine nationale Stiftung zur Unterstützung politischer Schlachtopfer der indischen Regierung errichtet. Eine Sammlung unter den Teilnehmern der Kundgebung ergab bereits mehrere Hundert Gulden.

SPD. Der Sklarekuntersuchungsausschuss des Preussischen Landtages vernahm am Dienstag als Zeugen den Charlottenburger Bezirksverordneten Perl (Wirtschaftspartei), der in langen Ausführungen schildert, wie er schon seit Jahren als Vertreter des Einzelhandels gegen die Geschäftspraktiken der Sklareks angekämpft habe und dafür schliesslich in der "Wahrheit" des mit den Sklareks befreundeten Reichstagsabgeordneten Bruhn wiederholt persönlich scharf angegriffen worden sei.

Reichstagsabg. Bruhn, der bis zur Sklarekaffäre der Deutschnationalen Fraktion angehörte, bekundet, ihm sei seinerzeit von Leo Sklarek gesprächsweise davon Mitteilung gemacht worden, dass selbst der Deutschnationale Stadt-

verordnete Ganzow in seiner Eigenschaft als Schatzmeister der Deutschnationalen Partei bei ihm gewesen sei und für Parteizwecke 2 000 Mark bekommen habe. Sklarek habe ihm später wiederholt gesagt, dass Ganzow bei ihm gewesen und jedesmal Geld bekommen habe. Ja schliesslich habe ihm Leo Sklarek mitgeteilt, er möge nun Ganzow veranlassen, endlich einmal mit dem Geldabholen abzu-
stoppen.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion Landtags-abgeordneter Lüdecke bekundet, dass ihm persönlich von solchen Geldzuwendungen an seine Partei durch die Sklareks nie etwas bekannt geworden sei. Die Entscheidungen der Deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion seien immer, auch was die Geschäftsverbindungen der Sklareks mit der Stadt anbelangten, aus rein sachlichen Gründen getroffen worden.

Stadtverordneter Ganzow (DnVP) gibt an, er sei als Schatzmeister der Deutschnationalen von Stadtrat Wege darauf aufmerksam gemacht worden, dass er sich auch einmal an die Sklareks wenden möge, um Geld für Parteizwecke zu erhalten. Das sei im Jahre 1926 gewesen. Er sei darauf zu den Sklareks gegangen und habe von ihnen eine einmalige Zuwendung von 2 000 Mark erhalten, die er an den Landesverband der Deutschnationalen Partei abgeführt hat. Es sei aber bei dieser einmaligen Zuwendung geblieben. Im Verlauf seiner Vernehmung gibt der Zeuge zu, dass er auch von anderen Firmen Zuwendungen für Parteizwecke erhalten habe. U.a. von der Behala (Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft) und zwar jedesmal für Wahlzwecke. Die Sklareks hätten auch anderen Parteien Geld zugewendet. So habe er einmal, als er zufällig auf dem Büro der Sklareks gewesen sei, ein Schreiben der Sozialdemokratischen Partei auf dem Tisch liegen sehen, in dem sich die SPD für eine Spende von 1000 Markt bedankt habe. Als er später davon erfahren hat, dass sein damaliger Parteifreund, der Reichstagsabgeordnete Bruhn von der 2 000 Mark-Spende an die Deutschnationale Partei wisse, sei ihm das als Kassierer sehr peinlich gewesen.

Bezirksbürgermeister Schneider (Berlin-Mitte) bestreitet jemals Stadtrat Neuendorff dahin beeinflusst zu haben, den Sklareks auf deren Drängen hin die Miete für das Gebäude Kommandantenstrasse zu ermässigen. Er habe auch niemals auf den beabsichtigten Grundstückskauf der Sklareks in der Kommandantenstrasse Einfluss genommen. Demgegenüber bleibt der anwesende Stadt Neuendorff bei seiner Aussage und beruft sich darauf, dass er seinerzeit Schneider gewarnt habe, mit den Sklareks zu verkehren. Schneider gibt zu, dass Neuendorff ihn gewarnt hat, aber das sei erst nach der Verhaftung der Sklareks gewesen. Sein Verkehr mit Neuendorff sei lediglich ein dienstlich kollegialer gewesen. Auch auf eindringliches Vorhalten des Abgeordneten Drügemüller (Soz) der sich auf die ganz bestimmte frühere Aussage des Zeugen Neuendorff bezieht, bleibt Schneider bei seiner Behauptung. Demgegenüber bekundet Stadtrat Neuendorff, dass er nach seiner Erklärung vor ungefähr $1\frac{1}{2}$ Jahren Bürgermeister Schneider in dessen Dienstzimmer vor den Sklareks gewarnt und darauf hingewiesen habe, dass seines Wissens einer der Brüder Sklarek bereits wegen Falschspiels vorbestraft sei. Darauf habe Schneider geantwortet, dass die Sklareks doch jetzt gute Kaufleute seien, dass die Angelegenheit verjährt sei. Diese Antwort des Bürgermeisters sei ihm so auffallend gewesen, dass er unmittelbar darauf in das Dienstzimmer des Stadtrats Gordan gegangen sei und ihm davon Mitteilung gemacht habe. Stadtrat Gordan hat nur in Erinnerung, dass Neuendorff mit ihm über das Gespräch mit Bürgermeister Schneider gesprochen hat. Aber das müsse erst im letzten Sommer gewesen sein und seines Wissens nicht im Dienstzimmer, sondern während einer Autofahrt gewesen.

Zeuge Bürgermeister Schneider gibt dann eine Darstellung seines Verkehrs mit den Sklareks. Er habe gesellschaftlich enger mit ihnen verkehrt, sich schliesslich mit Leo Sklarek auch geduzt, da er die Sklareks durchaus für honorige Kaufleute gehalten habe. Er habe aber nie einen roten Pfennig von Sklareks bekommen, sondern lediglich zugegeben, einige Male Renngewinne von ihnen erhalten zu haben. Seine früheren vor dem Staatsanwaltschaftsrat Weissen-

Berger in der ersten Bestürzung gemachten Zugeständnisse widerrufen. Anzüge habe er sich bei Sklareks arbeiten lassen, sie aber stets mit ungefähr 200⁰⁰ Mark bezahlt. Silberne Leuchter seien seiner Frau zu Weihnachten geschenkt worden. Er habe angenommen, es seien Renngewinne gewesen. Er habe sich später revanchiert und Sklarek u.a. ein Klavier geschenkt.

Auf Anfrage erklärt der Vertreter des Preussischen Justizministeriums, dass er keine Bedenken dagegen habe, wenn der Zeuge an anderer Stelle gemachte Aussagen widerrufe. Es sei ein mobile officium, ihm das Recht der Verteidigung zuzugestehen.

Zeuge Zangemeister gibt dann Auskunft über die Grundstücksgeschäfte der Stadt mit den Sklareks. Dass der Oberbürgermeister sich mit dieser Sache beschäftigte, möge auffallend gewesen sein; man könne es aber verstehen aus dem Temperament des Oberbürgermeisters, aus seinem Interesse für den ganzen Strassendurchbruch. Er habe sich weder für das eine noch für das andere Projekt besonders ins Zeug gelegt.

Sämtliche Zeugen erklären dann auf Befragen ausdrücklich, dass sie mit den Sklareks niemals privatim, sondern stets nur amtlich über diese Dinge verhandelt haben.

Zeuge Oberbaurat Zangemeister bestätigt auf Befragen durch Abg. Drügemüller (Soz), dass ihm von den Sklareks später 6 000 Mark gegeben wurden, die er an den Kreisverein Charlottenburg der Deutschnationalen Volkspartei weitergeleitet habe. - Nächste Sitzung Mittwoch.

SPD. München, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag begann vor dem Amtsgericht München der Beleidigungsprozess Hitlers gegen den Schriftleiter Karl Rabe von der "Münchener Telegrammzeitung". Der Beklagte hatte am 1. November 1929 unter der Überschrift "Hitler bedroht den Exkronprinzen" behauptet, dass Hitler am 27. Oktober ein kurzfristiges Ultimatum an den Exkronprinzen gerichtet habe, in dem eine Erklärung Rupprechts verlangt war, die in positivem oder mindestens neutralen Sinne Stellung zum Hitler-Hugenbergschen Volksbegehren nimmt. Für den Fall, dass diese Erklärung nicht abgegeben würde, habe Hitler mit dem schärfsten Kampf gegen den Exkronprinzen und gegen die monarchistische Idee gedroht. In der anschliessenden öffentlichen Polemik hat Hitler ein solches Ultimatum in Abrede gestellt und gegen den verantwortlichen Redakteur der "Telegramm-Zeitung" Klage angestrengt.

Als Zeugen sind zugezogen der sogenannte Kabinettschef des Exkronprinzen, Graf Soden, auf den die Veröffentlichungen der "Telegramm-Zeitung" indirekt zurückgeführt werden, ferner aus der Umgebung des Exkronprinzen der Prinz zu Oettingen, der bayerische Stahlhelmführer von Lenz und der Kunstmaler Reichel, der sich als der Zwischenträger zwischen Hitler und Rupprecht entpuppt hat. Der Reichstagsabgeordnete von der Bayerischen Volkspartei Loibl, wurde bereits kommissarisch vernommen.

Im Verlauf der Vernehmung bestreitet Hitler auf das entschiedenste, dass er irgend jemand zum Ex-Kronprinzen geschickt oder er ihm sonstwie gedroht habe. Der angebliche Mittelsmann Reichel sei aus freien Stücken zu ihm gekommen und habe ohne seinen Auftrag offenbar beim Grafen Soden interveniert. Die beiden Hauptzeugen des Beklagten, der Kabinettschef des Exkronprinzen, Graf von Soden und der Vermögensverwalter des Hauses Wittelsbach, Fürst zu Oettingen werden unvereidigt vernommen, weil Hitler im rechten Augenblick gegen die beiden Beleidigungsklage in der gleichen Angelegenheit eingereicht hatte. Aber auch ihre unbedeutenden Aussagen genügten, um ein ziemlich klares Bild von der seinerzeitigen Aktion Hitler beim Exkronprinzen zu bekommen. Zeuge Fürst von Oettingen bekundete, dass der Mittelsmann zwischen Hitler und dem Exkronprinzen der Kunsthändler Reichel, bei ihm war und mit Nachdruck ein Abrücken des Kronprinzen von der Erklärung des Reichstagsabgeordneten

Loibl gefordert hatte. In dieser Loibl'schen Erklärung war behauptet worden, der Kronprinz stehe dem Volksbegehren ablehnend gegenüber. Reiche habe gesagt, dass bei Nichterfüllung seiner Forderungen Hitler sich mit seiner ganzen Macht gegen den Kronprinzen stellen werde. Das ganze Auftreten Reichel's sei ihm, dem Zeugen, als ein Versuch zur Einschüchterung erschienen.

Deutlicher waren die Ausführungen des Grafen Soden. Danach hat Reichel in einem Brief an den Exkronprinzen mitgeteilt, dass Hitler ein Dementi der Loibl'schen Erklärung verlange, widrigenfalls er seine Partei von dem monarchistischen Gedanken abkehren und sie auf die "schwarz-weiss-rote Republik" umstelle. Am Montag dem 27. Oktober abends 19 Uhr habe Reichel zu ihm, Grafen Soden, am Telefon wörtlich gesagt: "Ich habe von Hitler ganz offiziell - wohl gemerkt, ganz offiziell!" - den Auftrag erhalten, ihnen zu sagen, Hitler müsse annehmen dass die Loibl'schen Erklärungen im Auftrage des Kronprinzen ergangen seien und das damit ein Dolchstoß des Kronprinzen gegen Hitler und seine Bewegung vorliege. Er - Hitler - werde daraus die Konsequenzen ziehen und seine "königliche Hoheit" in der Öffentlichkeit schärfstens bekämpfen, wenn der Kronprinz nicht bis heute Abend 11 Uhr eine von Hitler selbst formulierte Erklärung veröffentlichen wolle. "Die nun folgende Erklärung hätte eine Desavouierung der Ausführungen Loibls bedeutet. Über diese "ungeheure Zumutung" ist der Zeuge äusser ungehalten gewesen und er erklärte, dass er sie nicht vortragen werde. Als Reichel seine Aussagen wiederholte, habe ihn die Wut gepackt, sodass er ins Telefon zurückrief "und das soll der monarchistische Hitler sein? Der Teufel soll ihn und Euch alle holen!"

Als letzter Zeuge wurde der vielgenannte Kunstmaler Reichel vernommen. Er äusserte sich u.a. zu dem Telefongespräch am Sonnabend Abend. Er bestritt Graf Soden gegenüber als Mittelsmann oder Beauftragter Hitlers aufgetreten zu sein. Lediglich folgende zwei Sätze habe er ausdrücklich als offiziell von Hitler stammend bezeichnet: "Herrn Hitler interessiert nicht im geringsten, was etwa Loibl noch zu sagen hat; ihn interessiert ausschliesslich, was das Kabinett des Kronprinzen zu äussern habe." Alles übrige will der Zeuge lediglich als Privatäusserung mitgeteilt haben.

Hierauf entspann sich ein Rededuell zwischen Graf Soden und Reichel. Soden blieb darauf bestehen, dass Reichel sein ganzes Telefongespräch als von Hitler beauftragt bezeichnet habe. Er habe dies als ein befristetes Ultimatum angesehen. Schliesslich konstatierte der Richter, dass sich hier zwei gegenteilige Aussagen gegenüberstehen, während die Telegramm-Zeitung als Angeklagte in der Mitte stehe. Soden erklärte weiter, dass er angesichts des von Hitler angebotenen Artikels es für notwendig gehalten habe, die Münchener Neuesten Nachrichten richtig zu informieren. Aber der inkriminierte Artikel stamme nicht von ihm sondern von einem anderen Mitglied des kronprinzlichen Kabinetts. Ein Antrag des Vertreters der Beklagten, die beiden wichtigen Zeugen Soden und Oettigen nachträglich zu vereidigen, wurde vom Gericht abgelehnt. Die Beweisaufnahme war damit abgeschlossen. Den Rest des Abends füllten umfangreiche Plädoyers.

Das Urteil wird erst an einem späteren Zeitpunkt verkündet.

SPD. Das Reichskabinett erklärte sich am Dienstag damit einverstanden, dass durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf neun Mark und der Weizenzoll auf 9,50 Mark erhöht wird. Hinsichtlich des Entwurfs eines Zündwaren-Monopolgesetzes beschloss das Kabinett, dem Reichstag Doppelvorlagen vorzulegen, soweit es sich um die ausserhalb des Monopols zugelassene Eigenproduktion handelt. In Frage kommt hier die Zündholzproduktion der Konsumvereine. (Näheres siehe Spitzenartikel in der "Wirtschaft". Red.)

SPD. London, 14. Januar (Eig.Drahtb.)

Der Arbeitskampf in der Kohlenindustrie des nördlichen Australien hat in den letzten 24 Stunden eine bedrohliche Wendung genommen. Sämtliche mit den Sicherungsarbeiten beschäftigten Bergleute sowie die Heizer und Maschinisten sind von ihren Gewerkschaften von der Arbeit zurückgezogen worden, sodass die Gefahr der Ersäufung einiger Gruben in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt ist.

In verschiedenen Bergbaudistrikten sind Arbeiter-Verteidigungs-Abteilungen gebildet und von den Organisatoren vereidigt worden. Die Mitglieder dieser Verbände schwören, der Arbeiterklasse treu zu bleiben und sich der Disziplin des Verteidigungskorps zu unterwerfen. In Cessnock, wo nicht weniger als 2 000 Bergleute dieser Organisation beigetreten sind, haben die Frauen der Bergarbeiter Deputationen gebildet, die die Geschäftsleute aufforderten, bei Androhung des Boykotts keinerlei Waren an die Polizei zu verkaufen.

Ähnliche Schritte werden aus anderen Städten gemeldet. Der äussere Grund für die, in diesen Massnahmen zutage tretende Erbitterung gegen die Polizei, bildet die Durchsuchung von Bergarbeiterwohnungen nach Waffen und Munition.

SPD. Karlsruhe, 14. Januar (Eig.Drahtb.)

Im Badischen Landtag entwickelte Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmidt am Dienstag in einer längeren Erklärung das Programm der Regierung und legte gleichzeitig den Staatsvoranschlag für die Jahre 1930/31 vor. In der Regierungserklärung legt die Regierung zunächst ein entschiedenes Bekennnis der Treue zum Reich und der Treue zur republikanischen Verfassung ab. Die Regierung werde die Verfassung in Gesetzgebung und Verwaltung durchführen und sich für ihre Beachtung durch Jedermann im Volke einsetzen, gegebenenfalls mit den Machtmitteln des Staates.

An Regierungsvorlagen kündigt der Staatspräsident ein Konkordatsgesetz an, ferner den Ausbau des Ortsstrassengesetzes, ein Feldbereinigungsgesetz, den Ausbau der Volksschule und der Fortbildungsschule. Inbezug auf die Schulfragen betonte der Minister, dass dem Amte der Jugenderziehung sich nur widmen könne, wer sich zum Staate positiv einzustellen vermag. Die Erziehung der Jugend in republikanischem Geiste und im Sinne der Verfassung von Reich und Land sei die Forderung der Regierung an die Lehrerschaft in allen Schulgattungen. Da die Reichsreform noch nicht durchgeführt sei, sei es der Regierung nicht möglich, einen abgeschlossenen Staatsvoranschlag vorzulegen. Das gesamte Staatsvermögen betrage 460 Millionen Mark, denen 100 Millionen Mark Schulden gegenüberstünden. Bedenklich sei die schwebende Schuld, die vor allem durch den erhöhten Besoldungsaufwand verursacht sei. Nach der vorläufigen Zusammenstellung der ersten Haushaltsentwürfe weise der Staatsvoranschlag ein Defizit von 62 Millionen für die beiden Budgetjahre auf, das evtl. auf 40 Millionen herabgedrückt werden könne. Eine Deckung sei vorerst nicht abzusehen, wenn das Verhältnis des Reiches zu den Ländern nicht geregelt werde.

Der Redner übte schliesslich noch an dem Verhalten des Reiches gegenüber den Ländern scharfe Kritik.

SPD. New York, 14. Januar (Eig.Drahtb.)

Die Goodyear-Zeppelin-Compagnie in Ohio hat beschlossen, drei grosse Luftschiffe mit einem Flugradius von je 16 000 Kilometern zu bauen. Die drei Riesenluftschiffe werden je 4 mal 100 000 Kubikmeter Gas mit sich führen und damit sowohl die bisherigen Zeppeline, als auch das britische Staatsluftschiff R 100 an Grösse übertreffen. Die Luftschiffe sollen 100 Personen befördern und werden, nach den Plänen der Gesellschaft, in den regelmässigen Flugdienst zwischen Amerika und Japan gestellt.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: "Die Bezirksleitung der KPD in Berlin und die ihr nahestehenden Organisationen haben ihre Anhänger zu einer Massendemonstration am Mittwoch, dem 15. Januar, um 18 Uhr aufgerufen. Im Hinblick auf die in dem Aufruf angekündigten Gewalttaten gegen Andersdenkende ist mit Gegenkundgebungen und mit ernstesten Zusammenstößen zu rechnen. Es besteht also eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Der Polizeipräsident hat daher für Mittwoch, den 15. Januar, alle Versammlungen unter freiem Himmel einschliesslich aller Umzüge verboten.

SPD. Weimar, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Deutsche Volkspartei, die sich inzwischen mit der Ministerschaft des nationalsozialistischen Putschisten Frick doch noch einverstanden erklärt hat, begründet ihre Haltung damit, dass Frick den Eid auf die Verfassung leisten und die Verfassung nicht nur halten sondern auch schützen würde. Im Verlauf der Regierungsverhandlungen sei das ausdrücklich hervorgehoben und von nationalsozialistischer Seite anerkannt worden. Im Gegensatz dazu erklärt der Nationalsozialist Wächtler am Dienstag im Plenum des Landtags, seine Partei werde alles tun, um dem verfassungsmässig verankerten, parlamentarischen System die Luft abzudrücken.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Fröhlich richtete im Verlauf der Plenarsitzung scharfe Angriffe gegen den Putschisten Frick, indem er diesem künftigen Hüter der staatlichen Ordnung in Thüringen nochmals sein ganzes Sündenregister vorhielt.

SPD. München, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages wurde am Dienstag mit den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Parteien ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der verlangte bei Reichsanlässen im bayerischen Staatsgebiete auch in den Farben schwarz-rot-gold zu flaggen.

Ministerpräsident Held begründete die ablehnende Haltung der Regierung mit der Erklärung, dass Bayern als Staat ebenso wie das Reich für sich in Anspruch nehme seine Staatsgebäude nur mit seinen eigenen Farben also weiss-blau zu beflaggen. Es entspreche durchaus der Logik der Tatsache, meinte der Ministerpräsident, dass ein Staat für sich nur in seinen eigenen Farben flagge. Im übrigen würden ja auch in Bayern ansässigen Reichsbehörden auf ihren Gebäuden nur die Reichsfarben und nicht etwa die bayerischen Landesfarben hängen.

Bei dieser Begründung scheint der bayerische Ministerpräsident vergessen zu haben, dass Bayern ein Bestandteil des Reiches ist und nicht umgekehrt das Reich ein Bestandteil Bayerns. Jedenfalls bleibt die Tatsache auch künftig bestehen, dass im Gegensatz zu allen übrigen Ländern des Reiches das amtliche Bayern die verfassungsmässigen Reichsfarben von seinen öffentlichen Gebäuden grundsätzlich fernhält.

SPD. Haag, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die deutsche Delegation beabsichtigt keine Änderung des Reichsbankstatuts vorzuschlagen. Es wird erwogen in das Schlussprotokoll der Haager Konferenz einen Passus aufzunehmen, dass es zu den Obliegenheiten der Reichsbank gehöre, sich an der Bank für internationale Zahlungen zu beteiligen. Finanzminister Moldenhauer lehnt eine weitergehende Änderung des Reichsbankstatuts namentlich in bezug auf § 6 ganz entschieden ab.

Der französische Finanzminister Chéron hat nach Rücksprache mit Molden-

hauer an Tardieu ein Telegramm gerichtet, in dem es heisst, Moldenhauer bestätige auf Grund einer Vereinbarung mit Schacht, dass die Reichsbank direkt und loyal an der Ausführung des Youngplanes mitarbeiten würde auf der Grundlage einer Änderung des Reichsbankgesetzes. Diese Mitwirkung würde sofort erfolgen ohne die Änderung des Gesetzes abzuwarten. Die Reichsbank werde infolgedessen den auf sie entfallenden Anteil des Kapitals der B.i.Z. zeichnen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Preussische Finanzminister hat die Genehmigung zur Beteiligung der Preussischen Staatsbank an der Bank für Internationale Zahlungen erteilt. Der Präsident der Preussischen Staatsbank hat sich Dienstag, den 14. Januar, abends, mit Direktor Ritscher von der Reichskreditgesellschaft nach dem Haag begeben.

SPD. Mainz, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

In Worms kam es am Dienstag zu Erwerbslosenkrawallen. Die von den Kommunisten aufgewiegelten Demonstranten warfen in der Innenstadt mehrere Schaufenster ein, bewarfen die Polizei mit Steinen und gaben vereinzelt auch Schüsse auf 4 Polizeibeamte und 7 Zivilpersonen, die zum Teil an den Vorgängen völlig unbeteiligt waren, wurden verletzt. Annähernd 40 Personen wurden zwangsgestellt.

SPD. Auf den Georgier Karumidze, einen der Hauptangeklagten im Tschernowonzenprozess, wurde nach Schluss der Dienstagverhandlung ein Überfall verübt als er das Kriminalgebäude verliess. Die Angreifer waren Kommunisten, die auf Karumidze mit Fäusten einschlugen.

SPD. Weimar, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die ganze nationalsozialistische Demagogie enthüllte sich am Dienstag im thüringischen Landtag. In Anbetracht der grossen Not der Erwerbslosen hatte die Sozialdemokratische Fraktion beantragt, 250 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Was taten die Nationalsozialisten? Sie lehnten diesen Antrag mit der Begründung ab, dass der Staat für die Not der Erwerbslosen keine Mittel zur Verfügung habe, obwohl sie vor den thüringischen Landtagswahlen ebenfalls die Bereitstellung von 250 000 Mark für die Arbeitslosen beantragt hatten. Der Unterschied zwischen damals und heute ist der, dass die Nationalsozialisten inzwischen Regierungspartei mit dem nationalsozialistischen Putschisten Frick als Minister geworden sind.

Ann.f.d.Red.: In dem Bericht "Zentrale Schulungskurse" muss es im 4. Absatz 3. Zeile selbstverständlich heissen: "Reichskoalition" und nicht "Rechtskoalition".

Zentrale Schulungskurse.

Wels über die politische Lage.

SPD. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet in den nächsten zehn Wochen eine Anzahl zentraler Schulungskurse für Sekretäre, Redakteure, Funktionärinnen und Geschäftsführer. In Bollersdorf bei Luckow, im Hotel "Weisse Taube", ist diesen Kursen eine Stätte bereitet worden, die für intensive Schulungsarbeit hervorragend geeignet ist. Hoch über dem See, der kleinen Landstadt gegenüber, liegt das Weisse Haus, vor dessen Fenster sich die schöne märkische Landschaft ausbreitet, die auch jetzt im Winter ihren eigenartigen Reiz hat.

Anlässlich des Beginns des ersten der vorgesehenen Kurse - eines Kursus für Parteisekretäre - fand nach dem gemeinsamen Abendessen eine kleine Eröffnungsfeier statt, an der vom Parteivorstand die Abgeordneten Wels, Ludwig und Vogel teilnahmen. Im Mittelpunkt des Abends stand die Rede des Abg. Wels, mit der die Arbeit eingeleitet wurde.

Wels wies eingangs darauf hin, dass seit den letzten Kursen der alten Parteischule, der die Partei so viele tüchtige Funktionäre verdankt, von denen heute noch manche an hervorragender Stelle arbeiten, vieles geschehen ist, was es schwerer macht als damals, Schüler und Lehrer zu sein. Wels fuhr dann fort: "Die politische Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit hat die Arbeiterbewegung und vor allem die Partei vor eine Fülle schwieriger Entscheidungen gestellt. Die Ereignisse überstürzten sich, und dabei ist keineswegs anzunehmen, dass das Tempo ruhiger werden wird. Die schwere Aufgabe der Liquidation des Krieges, der die Partei sich nicht entziehen durfte im Interesse der arbeitenden Massen, die es besonders bei der Verteilung der Lasten wirksam zu schützen galt, hat in Verbindung mit der wirtschaftlichen und politischen Krise an das Verständnis der Arbeiterschaft hohe Anforderungen gestellt. Beachtet man, dass der Druck, der - besonders wirtschaftlich durch die dauernde Arbeitslosigkeit - auf jedem Einzelnen lag, noch verstärkt worden ist durch das Treiben der Kreise, die es darauf anlegen, Massnahmen zu provozieren, durch die der neue Staat sich bei der Arbeiterschaft unbeliebt machen soll, weiss man, welche Fülle von Arbeit in dieser Zeit gerade auch für die Parteisekretäre erwachsen ist, die überall den Kampf in der vordersten Front mit zu führen haben. Ihnen soll der Kursus vor allem Gelegenheit geben, befreit von der Last der täglichen Arbeit die wichtigsten Gegenwartsprobleme kennen zu lernen und in ihren Untergründen und Zusammenhängen zu erfassen."

Wels umriss dann die innen- und aussenpolitische Situation und deutete die Aufgaben zu den einzelnen Problemen kurz an. "Wir sind - so fuhr er fort - nicht aus reiner Freude in die Rechtskoalition gegangen, sondern im Interesse des Weltfriedens und damit im Interesse des internationalen Proletariats. Denn die Reaktion in Deutschland war immer bereit, die Staatsgewalt an sich zu reißen, und bestimmt wäre die Verständigung zwischen den Nationen noch nicht so weit, wie sie es heute bereits ist. Weil der Sozialismus nur international seine Ziele erreichen kann, kommt es darauf an, in den einzelnen Staaten politische Macht zu erobern. Innenpolitisch hat es sich erwiesen, dass die Demokratie in Deutschland sich so lange nicht völlig auswirken kann, wie Parlament und Regierung abhängig sind von dem Diktat eines Mannes, der, wie Herr Schecht, Funktionär des Bankkapitals ist. Solange es möglich ist, dass Politik von solchen Instanzen zu krasser Interessenpolitik gemacht wird, muss die Arbeiterschaft weiterkämpfen um jede Position im Staat, d.H. um Befreiung des Staates von der Vorherrschaft der Industrie, Hochfinanz und ihrer internationalen Einflüsse. Zur Lösung der Aufgabe ist die Kenntnis der Vorgänge und der Schwierigkeiten der Situation nötig, wenn erfolgreich gearbeitet werden soll. Dem Eindringen in diese Probleme ist der Arbeitsplan des Kursus gewidmet.

"Wissen ist Macht", so schloss der Redner, "aber zum Wissen muss auch noch der Wille zur Macht hinzukommen. Auf diesen Willen kommt es heute ganz besonders

an. Wir müssen den Willen haben, unsere errungene - trotz der Schwierigkeiten errungene - Macht voll in die Waagschale zu werfen - zum Wohle der Arbeiterklasse."

Im Laufe der vierzehn Tage dauernden Kurse werden folgende Themen behandelt: "Das politische Parteiwesen und seine Verschiebungen", "Finanzreform", "Wirtschafts- und Handelspolitik", "Die Politik der Sozialistischen Arbeiter-Internationale", "Jugend und Partei" und die "Kulturarbeit der Partei". Ausserdem sind zwei gemeinsame Fahrten nach Berlin vorgesehen, um den Teilnehmern Gelegenheit zu geben, die Einrichtungen der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften kennen zu lernen.

SPD. Leipzig, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Schriftleiter Bruno Goldhammer wurde am Dienstag vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts unter Versagung mildernder Umstände wegen Vorbereitung zum Hochverrat nach § 86 und § 8 Absatz 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu einem Jahr Festung und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Reichsanwalt hatte ein Jahr sechs Monate Festung beantragt.

Goldhammer hatte als verantwortlicher Schriftleiter der "Arbeiterstimme" in Dresden im Mai 1929 drei Artikel erscheinen lassen, die Bezug nahmen auf die Mai-Vorgänge in Berlin und die Barrikadenkämpfe in Hamburg.

SPD. Genf, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Dienstag nachmittag nochmals mit der Klagemauer-Angelegenheit. Papst und jüdische Hochfinanz haben hinter den Kulissen ihren Einfluss für die Regelung der Angelegenheit ausgeübt. Man einigte sich schliesslich auf Einsetzung einer kleinen Untersuchungskommission, die aber nur die Klagemauer-Konflikte untersuchen soll und deren Amt mit der Abgabe des Vorschlages an den Rat aufhört.

Im übrigen ist aus den Verhandlungen des Dienstag zu erwähnen, dass der frühere dänische Aussenminister Graf Moltke zum Präsidenten der Zollfriedenskonferenz ernannt wurde. Die Optantenfrage wurde vertagt.

SPD. Paris, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische Abgeordnete Lafond ist von der sozialistischen Kammerfraktion beauftragt worden, in der Kammer eine Anfrage über die von der Polizei "entdeckten" antifaschistischen und anarchistischen Komplote und über die Rolle der faschistischen Lockspitzel und der übereifrigen Polizeiorganisationen bei diesen angeblichen Komplotten einzubringen.

Die Polizei hat inzwischen eine Reihe neuer Haussuchungen an der Riviera vorgenommen. Amtlich wird dazu mitgeteilt, dass eine Reihe neuer Beweismomente gefunden worden sei.

SPD. Paris, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die französische Kammer hat den bisherigen Präsidenten Ferdinand Buisson am Dienstag mit 336 Stimmen wiedergewählt.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Eine neue Giftspritze.

SPD. Es hat sich in Berlin ein neues nationales Unternehmen aufgetan, das auf Industriegelder zur Bekämpfung der Republik spekuliert. Zur Abwechslung nennt sich dies Unternehmen "Die Wacht für deutsches Volkstum E.V." Das Unternehmen verschickt Bettelbriefe an Kaufleute und Unternehmer, in denen es um Abnahme von Flugblättern, Broschüren, Zeitschriften usw. ersucht. Es heisst in dem Rundschreiben :

"Es wird nun von uns eine tatkräftige umfassende Aufklärungsarbeit durch Masseverbreitung von Flugblättern, Broschüren, Zeitschriften etc. in den verschiedensten Betrieben und auch sonst im Volke durch die Vaterländischen Verbände usw. betrieben. Die bisher gesammelten Erfahrungen sind sehr gute, das Unternehmen macht glänzende Fortschritte, die Aufklärung in den Betrieben und auch sonst im Volke hat guten Anklang gefunden.

Der ursprüngliche Gedanke ging von verschiedenen Industriellen und Kaufleuten aus, die die unbedingte Notwendigkeit der Aufklärung gegen die verhetzten Volkszeitungen am eigenen Leibe immer wieder verspürten. Unsere Arbeit wird auch von den Vaterländischen Verbänden und allen nationalgesinnten Leuten aller Schichten verständnisvoll und lebhaft unterstützt. Mit weiteren schriftlichen oder auch mündlichen Aufklärungen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung, erforderlichenfalls bitten wir, uns einen Tag zu nennen, an dem Ihnen vielleicht ein Besuch eines unserer Herren angenehm wäre. Auch diese Herren arbeiten selbstlos und vornehmlich ehrenamtlich im Interesse der bitteren Not des Vaterlandes. Es wird gebeten, die Angelegenheit im sachlichen Interesse vorläufig noch vertraulich zu behandeln."

Da haben wir einen neuen Schmarotzer der Reaktion. Es wird nicht ganz leicht sein aufzuklären, ob es sich hier um eine Auswirkung des Hugenberg'scher Kulturbundes handelt, oder nur um die Spekulation eines "selbstlosen und ehrenamtlichen Deutschen" der sich mit den Geldern reaktionär gesinnter Industrieller und Kaufleute ein bequemes Leben machen will. Auf jeden Fall werden dabei wieder genug Giftspritzen gegen die Arbeiterschaft abfallen. Es mag genügen, vor der neuen Giftspritze zu warnen. Ihren schliesslichen Ausgang kann man in Ruhe abwarten. Wir haben schon genug Unternehmen ähnlicher Art erlebt, die schliesslich im Gerichtssaal ein sehr bezeichnendes Ende gefunden haben!

Man muss sich nur zu helfen wissen.

Das Ausbleiben des üblichen Titelsegens in Bayern wird von den wackeren Bürgern, die sich schon als Ökonomieräte, Pharmazieräte und Gewerberäte gesehen haben, sehr bitter empfunden. Da ist der erste Präsident des niederbayerischen christlichen Bauernvereins, Ökonomierat Simbürger, der ohne den Staatsgerichtshof zu Neujahr wahrscheinlich zum Landesökonomierat avanciert wäre. Das bekannte Urteil hat seinen Hoffnungen ein jähes Ende gesetzt. Was nun tun, um ihn für seine Enttäuschung zu entschädigen ?

Man muss sich nur zu helfen wissen! Also ist dem Ökonomierat Simbürger vom heiligen Vater ob seiner grossen Verdienste um Papst und Kirche in und nach der Revolution das Verdienstkreuz pro Ecclesia et pontifice verliehen worden, so dass der wackere Ökonomierat zu seinem Titel hinzu nun glücklich auch einen Orden hat.

Und die bekannte Bestimmung der Reichsverfassung gegen ausländische Orden? Man hat sich bisher immer hinter der Auslegung versteckt, dass der Vatikan kei-

ne ausländische Regierung sei. Diese Auslegung war immer hinfällig, sie ist es jetzt erst recht, nachdem feierlich die Stadt des Vatikans als souveräner Staat errichtet und anerkannt worden ist. Wenn in Bayern etwa die Absicht bestehen sollte, das Verbot der Titel durch einen reichen päpstlichen Ordenssegen wettzumachen, so muss dem von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden.

Selbsterledigung.

In Pirmasens treibt eine Rote hakenkreuzlerisch organisierter Lehrer, ihr Unwesen. Sie nimmt das Geld der Republik und betrachtet es als ihre Aufgabe, die Republik dafür zu verleumden. Als ihr Treiben zu toll wurde, hat der Ortsausschuss Pirmasens des ADGB in einer Eingabe an das Bayerische Unterrichtsministerium Beschwerde eingelegt.

Eine Antwort hat er nicht erhalten. Aus leicht begreiflichen Gründen, denn die Beschwerde ist von Hakenkreuzlern in der Bayerischen Verwaltung auf die einfachste Art und Weise selbst erledigt worden. Das ganze Aktenstück, das die Eingabe sowie verschiedene amtliche Vermerke zu den vorgetragenen Einzeltatsachen enthält, befindet sich in den Händen der Nationalsozialistischen Partei in Pirmasens. Es ist gestohlen worden und zwar entweder im Bayerischen Kultusministerium oder im Pirmasenser Bürgermeisteramt. Von einer Strafverfolgung der Akten-diebe oder von einer Untersuchung hat man nichts gehört.

In der Bayerischen Verwaltung scheinen immer noch dieselben idyllischen Zustände zu herrschen, wie in den seligen Zeiten der Herren Poehner und Frick!

Zeitgemässe Reportage.

Wir lesen in einer Berliner Zeitung die folgende Reportage, die wir namentlich allen Arbeitslosen zur genauen Lektüre empfehlen :

"Einen warmen bequem sitzenden Mantel, ein behaglich ausgestattetes Ruhelager sollte jeder Hund haben. Die Ansprüche, die ein moderner Hund an seine Kleidung stellen darf, werden sich selbstverständlich nach der Umgebung und nach den Verhältnissen richten, in denen er lebt. Dort begnügt er sich mit eine bescheidenen gestrickten Deckchen, hier trägt er stolz den nach Mass gefertigten Mantel aus Tuch oder Samt mit Pelzfutter und Besatz, dazu hohe Schuhe aus Wildleder. Für kühle Tage trägt man einen Mantel aus Tuch oder Waschsamt, wird es kälter, zieht man einen gestrickten Seidenschlüpfer darunter, den bei strenger Kälte ein Schlüpfer aus warmer weicher Wolle ersetzt. Es gibt ganz buntfarbig gestrickte Pullower mit dazu passenden gestrickten Schuhe, es gibt Automäntel mit Kaputze, es gibt imprägnierte englische Gummimäntel. Sehr elegante Frauen lassen ihren Hunden Mäntel, passend zum Anzuge des Chauffeurs anfertigen und ihr Monogramm einsticken. Betten in jeder Grösse und Ausstattung. Körbe mit Seidenfutter - es gibt alles."

Das lesen wir in einer Zeitung, die täglich für Steuersenkung eintritt, weil Deutschland unter Kapitalmangel leidet, die über die beklagenswerte Armut und Bedrückung der reichen Leute jammert, die gegenüber den Städten und ganz besonders gegenüber den Arbeitern tagtäglich nach Sparsamkeit schreit, weil wir eben arm sind und uns erst wieder Kapital anhungern müssen. Mit einem Worte: im "Berliner Tageblatt".

Einen warmen bequem sitzenden Mantel sollte jeder Hund haben. Jeder Hund; jawohl, Arbeitslose brauchen so etwas nicht!

Aus aller Welt

Idyll aus Berlin.

Ein Eisenbahner, ein Besen und kein Schmerzensgeld.

SPD. Ungefähr zwei Stunden brauchte der Amtsrichter (vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte), um zum Vergleich zu kommen. Die Klägerin, Frau H., war von der Beklagten, Frau B., geschlagen worden. Das corpus delicti war ein Besen. Denn Frau B. ist eine Portiersfrau, die beweisen wollte, dass eine Portiersfrau nicht nur mit dem Mund schlagfertig sein kann - das sowieso in Berlin - sondern auch mit ihrem Handwerkszeug.

Ausserdem waren üble Schimpfworte hin und her geflogen. Die mildeste der Blumen scheint noch "alte Drecksau" gewesen zu sein. Und als es noch viel schlimmer wurde, da griff die entschiedene Türhüterin ausnahmsweise einmal nicht den Besen an, sondern dieses Wort auf und lief damit zum Kadi. Die andere antwortete mit einer Einladung: "Der Richter kann mir am....." Sie können sich denken, was der Richter, der hoffentlich im Interesse der Angeklagten in der Anatomie besser Bescheid weiss, als sie in der Grammatik, tun sollte.

Der Richter leistete der Aufforderung keine Folge. Die Beschäftigung mit der Verlängerung des Rückens der Angeklagten wäre zwar paradoxerweise ein abgekürztes, aber doch eben kein sehr angenehmes Verfahren. Und der Richter trat infolgedessen lieber in das bei deutschen Gerichten übliche Verfahren ein und damit notgedrungen in jenen Haufen Schmutz, in dem sich bereits besagte Drecksau wälzte.

Die Portiersfrau, die mit der ganzen Schwere ihres Gewichtes die Anklagebank drückte, schien selbst von ihrem Gewissen bedrückt zu sein. Sie tat etwas, was sie vermutlich noch nie in ihrem Leben getan hat: sie schwieg. Erst als der Richter so leichtsinnig war, die Frage an sie zu richten, wie sie dazu käme, auf eine anständige Frau mit dem Besen loszugehen, erfüllte sie den Saal mit dem Zorn ihres verletzten Rechtsempfindens: "Die, die soll 'ne anständige Frau sind? Ick erinnere mir deutlich, wie sie eines Abends mit einem Eisenbahner nach Hause gekommen is..."

Der Richter meint, dass die Sache mit dem Eisenbahner nun wirklich eine reine Privatangelegenheit wäre und keinesfalls ein Anlass, der Berechtigung gäbe, wie wild auf die Eisenbahnerin einzuschlagen.

"Wo sie aber doch "Drecksau" gesagt hat."

"Ja", wendet sich der Richter an die Klägerin, "warum haben Sie denn das gesagt?"

"Weil ick mir geärgert hab, und denn hab ick doch det bloss so vor mich hin gesagt."

"Die Angeklagte hatte es aber jedenfalls gehört."

"Aber Drecksau, das ist doch nicht weiter schlimm."

Ein wunderbarer Sittenkodex, aber offenbar im Kreise von Klägerin und Beklagter gültig. Eine Zeugin bekundet gleichfalls: "Das mit dem Schimpfen ist in unserm Haus so usus."

Bei dem armen Richter wieder ist es usus und ein gut begründeter, unter solchen Umständen zum Vergleich zu kommen. Die schlagfertige Portiere soll die Arztkosten bezahlen, desgleichen die Gerichtskosten; sie ist auch damit einverstanden, denn sie sieht, dass die Sache nicht gut für sie steht - aber die Klägerin:

"Und mein Schmerzensgeld? Und den Eisenbahner, den soll ick uff mir sitzen lassen? Und det ick ne anständige Frau bin, det soll wohl nich ins Protokoll, Herr Amtsgerichtsrat? Und iebahaupt, det Se uff die Zeugen wat jeben, darüba muss ick mir ooch sehr wundern. Wo die doch alle zusammenhalten. Und wo die mir doch alle hassen."

"Sie haben ja auch Beleidigungen getan", wirft der Richter ein.

"Aber ick hab nich mit dem Besen uff se injekloppt. Mein Schmerzensgeld muss ick haben, und wenn ick, weil da keene Jerechtigkeit nich is, keen Schmerzensgeld kriege, muss doch ins Protokoll rin, det ick ne anständige Frau bin. Und det sach ick Ihnen ooch noch, Herr Landgerichtspräsident: bei der nächsten Jelegenheit mach ick Se dot...."

Die Dame schimpft immer noch.

Ego.

+ + +
Autodiebe, Geldräuber und Wegelagerer.

Die Zahl der Autodiebstähle in Gross-Berlin ist noch immer nicht im Abflauen begriffen. Allein vom Sonnabendabend bis Montag morgen sind in Gross-Berlin nicht weniger als elf Autos gestohlen worden, während für die Nacht vom Montag zum Dienstag vier Autos als vermisst gemeldet werden. Vom feinsten Chrysler bis zum kleinsten Dixi haben die Diebe Interesse. Erst drei Wagen sind von den fünfzehn herrenlosen wieder aufgefunden worden, der eine in Weissensee, der andere in Moabit und dritte völlig verbrannt in Birkenwerder.

Am Dienstag vormittag stürzten sich in einem Haus in der Michaelkirchstrasse mehrere junge Burschen auf den 62jährigen Kassenboten Max Faustmann der Innungskrankenkasse der Tischlerinnung, um ihm seine Aktentasche mit 5 000 Mark Inhalt zu entreissen. Einer der Burschen würfte Faustmann so lange, bis er ohnmächtig zusammenbrach. Ein anderer schlug dem Opfer der geldgierigen Bande mit einem Totschläger mehrmals auf den Kopf. Als in diesem Moment zwei Frauen zufällig vorbeikamen, ergriffen die Räuber, die sich in Gefahr glaubten, schleunigst die Flucht, ohne in den Besitz der Tasche gelangt zu sein. Die sofort alarmierte Polizei konnte keine Spur mehr von den Burschen finden. Man nimmt an, dass die Bande Hand in Hand mit Helfershelfern arbeitete, die vor dem Hause Schmiere gestanden haben.

Inzwischen ist es der Berliner Kriminalpolizei gelungen, das Privatautomobil aufzufinden, das bei dem Raubüberfall Unter den Linden am Montag mittag benutzt wurde. Der Wagen stand herrenlos in Charlottenburg, trägt die Erkennungsnummer III.A. 18472 (nicht I.A. 18472, wie die Tatzeugen in ihrer Aufregung festgestellt zu haben glaubten) und ist am 10. Januar in Stuttgart gestohlen worden.

+ + +
"Wir sinken! Hoch Italien!"

Schiffsuntergänge, Dampferzusammenstösse, Steuerlos auf See.

Mit dem telegrafischen Hilferuf "Wir sinken! Hoch Italien!" strandete in der Nacht zum Dienstag der italienische Viertausendtonner "Valentina Coda" an der kleinen Insel Eierland vor der holländischen Küste. Die Hilfe durch die nächste holländische Rettungsstation, die ein grosses Motorboot aussandte, scheint zu spät gekommen zu sein.

Der auch am Dienstag noch über der Nordsee wütende Orkan hat einer weiteren Anzahl von Schiffen beträchtlichen Schaden zugefügt. Der finnische Dampfer "Palona" verlor beide Anker mit Ketten. Der deutsche Dampfer "Cereal" büsste einen Mann seiner Besatzung ein und musste seine Getreideladung ins Meer werfen, um überhaupt noch schwimmen zu können. Auf dem polnischen Dampfer "Rewa" wurden die Deckaufbauten von den Wellen zerschlagen. Sogar das Feuerschiff

"Elbe I" an der Elbemündung ist abgetrieben worden; die Ankerketten waren glatt durchgebrochen, desgleichen wurden viele schwimmende Leuchtbojen der Untereibe losgerissen. Mit nicht weniger als drei Fahrzeugen stiess das von Hamburg nach Kiel geschleppte Riesenschwimmdock der früheren Vulkanwerft zusammen. Endlich wurde das englische Schiff "Drewsbury" im Hamburger Hafen gegen mehrere Pfähle gedrückt, wobei ein schwimmender Ponton unter Wasser befördert wurde. Ein Mann wurde schwer verletzt. Die Elbe ist über ihre Ufer getreten.

Auch aus Frankreich und England werden katastrophale Orkanwirkungen gemeldet. In der Themsemündung nicht weniger als 17 mit Kohlen beladene Leichter untergegangen. In Seenot gerieten ferner der spanische Dampfer "Oyarzun" und der italienische Dampfer "Liana"; von beiden Schiffen wird angenommen, dass sie untergegangen sind. Vor Dünkirchen rissen sich zwei Feuerschiffe los, die steuerlos auf See treiben. Vor Cherbourg sank ein Baggerschiff.

+ + +
Viele Fische -- frische Fische! Von der dänischen Westküste wird ein märchenhaft grosser Heringfang gemeldet, der beispielsweise an einem der letzten Tage einen Wert von 2 Millionen Kronen repräsentiert hat. Neue Schwärme sind im Anschwimmen. Hingegen sind nach einer anderen Meldung die Londoner Behörden, denen die Sorge für den lebenden Inhalt der einheimischen Gewässer obliegt, in Furcht wegen der grossen Fischknappheit in der Themse, die durch eine ganze Serie von Epidemien zu erklären ist. Die Stadt London hat neuerdings 600 000 Mark bewilligt für die frische Fische gekauft und unweit Londons in die Themse gesetzt wurden.

+ + +
Verbotene Papageieneinfuhr. Der Hamburger Senat hat angeordnet, dass in das Hamburger Staatsgebiet bis auf weiteres keine Papageien und Sittiche mehr eingeführt werden. Der Hamburger Tierimporthandel wird durch diese Massnahme stark betroffen. Eine der grössten Tierhandlungen Hamburgs macht geltend, dass sie monatlich etwa 500 Papageien in Hamburg eingeführt hätte, ohne dass jemals ein Fall von Psittakosis erlebt worden wäre.

+ + +
Fridericus als Erlkönig. Eine französische Filmgesellschaft kündigt die Vertonfilmung des Goetheschen Erlkönigs an, weil sich das Reiten durch Nacht und Wind zwar kitschig, aber deutlich akustisch darstellen lässt. Otto Gebühr, der deutschen Republik bewährter "Fridericus" soll auch hier majestätig sein. Gebühr bietet sich zur Zeit den Dresdnern auf der Sprechbühne dar, soll sich aber mit Begeisterung bereit erklärt haben, sich vor aller Kinowelt "mit Kron' und Schweif" zu zeigen.

+ + +
Zeppelin-Nordpolfahrt 1931? Der berühmte Aerologe Professor Berson hielt in Berlin einen Vortrag über das Thema "Polarforschung mit Luftfahrzeugen", in dem er über die Pläne der Aeroarktik sprach, in der die Gelehrten von 21 Nationen zusammengeschlossen sind. Es sei zu erwarten, dass der Zeppelin nunmehr im Jahre 1931 zum Nordpol fährt. 45 bis 50 Personen würden voraussichtlich mitfahren, wovon etwa 30 Mann Besatzung, der Rest Forscher und Journalisten wären. Die geplanten Einzelfahrten sollen einmal nach Fairbanks führen, ferner ins Innere des hoch unerforschten Polgebietes, schliesslich nach der sibirischen Seite des Pols. Das Schiff werde mit Lebensmittel für 90 Tage ausgerüstet sein und auch sonst so viel Hilfsmittel mitführen, dass versprengte Einzeltruppen bewohntes Land stets wieder zu Fuss erreichen könnten.

+ + +
Für 16 Millionen Edelsteine gestohlen. In England sind im Jahre 1928 polizeilichen Schätzungen zufolge Juwelen im Wert von mindestens 16 Millionen Mark gestohlen worden. Es handelt sich dabei nur um diejenigen Diebstähle, von denen die Polizei erfuhr. An Geld wurde im Jahre 1928 auf rund der polizeilichen Statistik nur für 1 800 000 Mark gestohlen.

+ + +

Tonfilme zu Hause! In England und Amerika wird auf Grund eines amerikanischen Patentes die Anfertigung von Miniaturabzügen erfolgreicher Tonfilme für den Hausgebrauch erwogen. Auf einer bestimmten Papierart hergestellte Tonfilmabzüge soll man genau so wie eine Grammophonplatte kaufen können, die man sich dann zu Hause mit Hilfe einer angeblich unkomplizierten Apparatur vorspielen lassen kann, so oft man Lust hat.

+ + +
Ein Fahrplan nach dem Himmel. Im "Lehr- und Gebetbuch für alle Familienmitglieder", das ein Benedictiner des Schweizerischen Stiftes "Einsiedeln" mit Bewilligung des hochwürdigen Bischofs von Chur herausgegeben hat, befindet sich als Regel für allgemeine Familienandachten folgender himmlischer Reisefahrplan: Zeit der Abfahrt: Jede Stunde geht ein Schnellzug./ Ankunft: Wenn Gott will. / Preise der Plätze: 1. Klasse: Unschuld oder Busse und Ordensprofess mit den drei Gelübden der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams./ 2. Klasse: Busse und Vertrauen auf Gott mittels eines frommen und keuschen Lebens in der Welt./ 3. Klasse: Vollkommene Reue und Ergebung in den göttlichen Willen. Beobachtung der Gebote Gottes und der heiligen Kirche und Erfüllung der Standespflichten im Ehe- und Witwenstande./

Beachtenswerte Bemerkungen zur Reise in die selige Ewigkeit: 1. Rückfahrtillette werden keine ausgegeben./ 2. Vergnügungszüge gehen nicht ab./ 3. Die kleinen Kinder, welche noch nicht zum Gebrauche der Vernunft gekommen sind, bezahlen nichts, wenn sie nur im Schoosse der heiligen Mutter, der katholischen Kirche sich befinden./ Die Passagiere werden gebeten, kein anderes Reisegepäck mit sich zu nehmen, als gute Werke, wenn sie nicht den Zug versäumen, oder auf der vorletzten Station, Fegefeuer genannt, wo jedes andere Gepäck abgelegt werden muss, eine unliebsame Verzögerung erleiden wollen./ 5. Reisende werden auf der ganzen Linie an jeder Station aufgenommen./ Jedes Billett muss den Stempel der heiligmachenden Gnade tragen, entweder seit der Taufe, oder wenn verloren, durch das heilige Bussakrament neu visiert (neu gestempelt)./ Jeder Reisende kann während der Wege, wenn er einen grösseren Preis nachzahlt, von einer niedrigen in eine höhere Klasse aufsteigen; hingegen muss das Umsteigen in eine niedrigere Klasse -als lebensgefährlich durchaus missraten werden./ "Reiset also glücklich! Gott sei auf eurem Wege und sein Engel begleite euch!"

Ungläubige müssen offenbar zu Fuss laufen.

+ + +
Ein verrückter Baltikumer als Bürgermeister. Das Erweiterte Schöffengericht Berlin-Neukölln verurteilte den 35 Jahre alten Bürgermeister a. D. Kurt Grassnick, wegen Freiheitsberaubung, unbefugter Amtsanmassung, Uebertretung der Polizeistunde, Nötigung und Erpressung vor Gericht stand, unter Zubilligung des § 51 zu 100 Mark Geldstrafe.

Ein feiner Bürgermeister, kein Zweifel: die Stadt Mittenwalde bei Berlin ist es, die sich den Herrn, der nach dem Kriege bei den Baltikumern gedient hat, aussuchte. Grassnick ist im April 1928 zum Bürgermeister der Stadt gewählt worden. Am 5. April machte er die offiziellen Antrittsbesuche bei seinen vorgesetzten Berliner Behörden. Als er in der Nacht des 5. April nach Mittenwalde zurückkam, war er stark angeheitert. Zunächst wies er die beiden Nachtwächter von Mittenwalde an, einen angesehenen Bürger, der gerade über den Marktplatz schritt, festzunehmen. Der Herr Bürgermeister ermahnte sein Opfer eindringlich mit allerlei Quatsch, aber ohne jeden Grund und entliess ihn dann wieder. Dann hatte der Bürgermeister die Idee, die Lokale des Ortes zu revidieren, ohne dass er dazu irgendwie befugt gewesen wäre. In dem einen Lokal befahl er ohne jede Veranlassung, Feierabend zu machen und im zweiten trank er in Gemeinschaft mit seinen nachtwächterlichen Freunden unentwegt Bier, bis der Wirt ihm nichts mehr ausschenkte.

Als der Herr Bürgermeister sich von den Aufregungen dieser Nacht beruhigt hatte, sollten die anderen noch lange keine Ruhe haben. Im Rathaus ordnete er Ueberstunden bis teilweise 11 Uhr nachts an, die nicht bezahlt wurden. Einer

der Beamten, der ein Entgelt haben wollte, ist einfach entlassen worden. Ein Zeugnis sollte der Entlassene nur haben, wenn er einen ihm gewährten Vorschuss von 60 Mark zurückzahlte. Im Verlauf der Gerichtsverhandlung konnte sich der Herr Bürgermeister an nichts mehr erinnern.

Der Staatsanwalt bestätigte sechs Monate Gefängnis und 130 Mark Geldstrafe. Das Gericht billigte dem seltsamen Bürgermeister jedoch die Umstände des Paragraphen 51 zu, weil er in sinnloser Trunkenheit gehandelt habe. Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe.

+ + +
Sie wissen von nichts. Die Brüder Sass haben sich, nachdem sie nach ihrer Entlassung 24 Stunden unerreichbar waren, interviewen lassen. Franz Sass erklärt, dass weder er noch sein Bruder zur fraglichen Zeit in Charlottenburg gewesen wären. Sie wollen an dem fraglichen Freitag abend bis 9 Uhr im Kino gewesen sein, denn bis gegen 12 Uhr in einem Café im Westen, und seien durchaus in der Lage, hierfür Zeugen zu nennen. Fernerhin wollten sie bei der Polizei grundsätzlich nichts Positives aussagen, weil man ihnen die Rücksprache mit ihrem Anwalt verweigert habe...

+ + +
Börsenschwindler vor Gericht. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann am Dienstag unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrat Dr. Kessner der auf mehrere Wochen berechnete Strafprozess gegen die Brüder Karl, Gustav und Otto Lindemann sowie gegen die Kaufleute Witz und Voss.

Den Brüdern Lindemann wird Vergehen gegen das Börsengesetz vorgeworfen, den Mitangeklagten Beihilfe hierzu. Im Jahre 1928 kam es an der Berliner Börse zu einem sensationellen Kurssturz der Aktien der Brandenburgischen Holzindustrie A.G., die von einem Tag auf den andern von 224 auf 6 Prozent stürzten. Es wurde offenbar, dass durch Verbreitung falscher Nachrichten in Börsenkreisen und durch betrügerische Manipulationen der Kurssturz künstlich herbeigeführt war. Hinter dem Manöver soll der 43jährige Kommerzienrat Karl Lindemann gestanden haben, der als Gründer der Brandenburgischen Holzindustrie A.G., deren Aktien dadurch propagiert haben soll, dass er überall die Nachricht verbreitete, dass die Gesellschaft grosse Holzgeschäfte in Polen vorhabe. Ausserdem soll er durch zahlreiche Mittelleute in verschiedenen deutschen Städten bei Bankfirmen künstliche Kaufaufträge gegeben haben. Das Aktienkapital, dass in 750 000 Mark Stammaktien und 5 000 Mark Vorzugsaktien bestand, wurde erhöht. Die neuen Papiere, die zuerst mit 3 % notiert wurden, kletterten Ende Oktober auf 224 Prozent und stürzten nach Aufdeckung der Manipulation auf 6 Prozent herab. Der angerichtete Schaden beträgt nach den Berechnungen der Anklagebehörde über 2 Millionen Mark. Sämtliche Angeklagte des Prozesses sind verurteilt. Kommerzienrat Lindemann, der sich von den Rechtsanwälten Alsberg und Gollnick verteidigen lässt, behauptet seine Unschuld und belastet seine Mitangeklagten.

+ + +
Ueber Bord gespült. In der Nordsee wurde während des stürmischen Seeanges der oberste Deckoffizier Oehlschläger vom Torpedoboot "Albatros" über Bord gespült. Ein anderes Torpedoboot konnte den im Wasser Treibenden retten und schaffte ihn nach Cuxhaven. Die im Marine-Lazarett angestellten Wiederbelebungsversuche hatten jedoch keinen Erfolg. Oehlschläger stammte aus Wilhelmshaven und hinterlässt Frau und zwei Kinder.

Gewerkschaftliche Rundschau

Zünftler und Berufsausbildung.

SPD. Im Lehrlingswesen wird alles auf ewige Zeiten beim alten bleiben, wenn es nach dem Willen der Zünftler ginge. Sie fühlen sich wieder einmal an ihrem Lebensnerv getroffen, weil das kommende Berufsausbildungsgesetz mit einer Reihe mittelalterlicher Bestimmungen der Gewerbeordnung aufräumen und den Arbeitnehmern grundsätzlich Gleichberechtigung in der Mitwirkung bei der Regelung des Lehrlingswesens geben will. Warum sind die Zünftler so empfindlich? Sie fürchten, dass unter den neuen rechtlichen Verhältnissen die Ausnutzung der billigen Arbeitskraft des Lehrlings - nahezu zwei Drittel aller gewerblichen Lehrlinge werden in Handwerksbetrieben ausgebildet - nicht mehr wie bisher möglich sein werde.

Die Sorgen der Ewig-Gestrigen kommen in der Stellungnahme der Stralsunder Handwerkskammer in überaus charakteristischer Form zum Ausdruck. Die Kammer lehnt den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes entschieden ab. Sie erklärt: "Abgesehen davon, dass die seit Jahrzehnten sich in Kraft befindenden Bestimmungen der Gewerbeordnung die Ausbildung im Handwerk in hinreichender Weise regeln und somit keine Notwendigkeit zu der Neuregelung der Frage der Berufsausbildung im Handwerk überhaupt nicht vorliegt, vermag die Handwerkskammer dem vorliegenden Gesetzentwurf auch deswegen schon nicht zuzustimmen, weil er die Förderung des Handwerks in keiner Weise zur Folge haben würde."

Nicht überall ist man so verbohrt und weltfremd wie im pommerschen Handwerk. Wenn man wie auf der Handwerkskammerversammlung in Stralsund schon unter sich ist, kann man natürlich leicht einstimmig und ohne Aussprache gegen das Berufsausbildungsgesetz scharf machen. Im Reichstag würde es den Handwerksvertretern schon schwerer fallen, den Standpunkt zu vertreten, dass das Lehrlingswesen im Handwerk in keiner Weise reformbedürftig sei. Die Spitzenorganisation des Handwerks, der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag, weiss zum Beispiel nur zu gut, dass er nicht so plump wie die Meister von Stralsund vorgehen kann. Er erklärt: "Mit einem gewissen Stolz kann das Handwerk feststellen, dass seine Einrichtungen, die es sich mit Hilfe des Gesetzgebers im Laufe der letzten drei Jahrzehnte für die Ausbildung eines tüchtigen Nachwuchses geschaffen hat, als Grundideen in dem Entwurf wiederkehren." Dann kommt das große Aber der Spitzenorganisation. Sie jammert, der Gesetzentwurf schalte die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens nicht aus, ja er gebe den Gewerkschaften die Handhabe, jede "berufsständige Regelung zu sabotieren". Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer geht dem Handwerks- und Gewerbe-Kammertag zu weit. Es genügt dem Handwerk nicht, dass nach dem Gesetzentwurf die Kammern allein die Ausführung und Vorbereitung der Beschlüsse der paritätischen Ausschüsse sowie das Recht zur Stellung von Strafanträgen haben sollen - es verlangt darüber hinaus, den Arbeitnehmern das Mitbestimmungsrecht bei der Ausscheidung der zur Lehrlingshaltung ungeeigneten Betriebe, bei der Kontrolle der Betriebe auf Durchführung der gesetzlichen Vorschriften, bei der Prüfung der Ausbildung und Unterbringung der Lehrlinge usw. zu nehmen.

Auch die Unternehmer in Industrie und Handel haben viel an dem Gesetzentwurf auszusetzen. Ihnen ist die Einbeziehung der ungelarneten Jugendlichen unerträglich, da das Gesetz den Lohnabzug für den Berufsschulbesuch beseitigen will. Man sieht also nur zu deutlich, dass die Verabschiedung des Gesetzes im Reichstag nicht glatt vor sich gehen wird. Die Vertreter der Arbeiterschaft werden daher im Reichstag nicht nur die gewerkschaftlichen Forderungen zum Berufsausbildungsgesetz zu ver-

fechten haben, sie müssen darüber hinaus in der Abwehr der von den Unternehmern angekündigten reaktionären Bestrebungen zusammenstehen.

SPD. Die Selbstherrlichkeit der Reichsbank gegenüber dem Reich hat tolle Zustände geschaffen. Sie hat nicht nur dem Reichsbankpräsidenten es ermöglicht, der Reichsregierung in den Finanz- und Reparationsfragen ständig Prügel zwischen die Beine zu werfen, sondern sich auch in der Zusammensetzung der Beamtenschaft der Bank böse ausgewirkt. So werden dem "Berliner Tageblatt" aus parlamentarischen Kreisen über die Beschaffenheit des Beamtenkörpers der Reichsbank folgende bemerkenswerte Mitteilungen gemacht:

Die Interessengemeinschaft der Reichsbankbeamten, die ein willfähiges Instrument des Direktoriums ist, habe es vor kurzem fertig gebracht, an das in Baden-Baden über das neue Reichsbankstatut beratende Komitee eine Denkschrift zu richten, worin jede Reichsaufsicht abgelehnt werde. Die Reichsbank habe ihre Autonomie dazu benutzt, sich einen "eigenen Beamtentyp" zu schaffen, der seine gesetzliche Regelung in einem geheim gehaltenen Beamtenstatut finde. In früherer Erinnerung sei noch die Disziplinierung der linksgerichteten Beamtenvertreter. Unter dem Schutz ihrer Autonomie habe das Reichsbankdirektorium im Gegensatz zu den Reichsbestimmungen den Personalabbau laut Statut bis zum 31. Dezember 1925 verlängert, 700 Beamte abgebaut und gleichzeitig 1925 rechtsgerichtete Beamtenanwärter eingestellt. Vor kurzem seien mehrere Reichsbankbeamte, nachdem Drohbriefe über ungerechte Behandlung an Mitglieder des Direktoriums und an Schacht eingegangen waren, in drakonischer Weise polizeilich durch Fingerabdruckverfahren untersucht worden. Andere Beamte seien in geradezu mittelalterlicher Weise wegen Ehescheidung und nicht standesgemässer Heirat abgebaut worden. Nach dem Beamtenstatut sei bei Disziplinaranträgen das Direktorium Ankläger und Richter in einer Person, sodass es bis zur Stunde auf Grund des Disziplinarrechts unmöglich gewesen sei, Disziplinaranträge gegen den Präsidenten, gegen den Vizepräsidenten und den Personalchef zu stellen. Dass in der Reichsbank Stahlhelmgessinnung gezüchtet werde, verstehe sich beinahe von selbst. Die Reichsbank, die nicht nur für die Währungspolitik und Diskontpolitik bestimmend sei, sondern auch die wichtigsten Hebel für Anleihen, Reparations- und Wirtschaftspolitik beherrsche, sei in der Hand fanatischer Antirepublikaner!

SPD, Amsterdam, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Vierländer-Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die dieser Tage unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Sassenbach in Eschin Luxemburg eine Sitzung abhielt, beschloss, eine grosszügige gewerkschaftliche Propaganda unter den Arbeitern im lothringischen Kohlenbezirk Forbach und im Erz- und Eisenbezirk Diedenhofen durchzuführen. Die Agitationsarbeit wird von zwei Sekretären unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes geleistet werden, die der französische Gewerkschaftsbund ernennen soll.

SPD. Die Arbeitslosigkeit in Lodz hat katastrophales Ausmass angenommen. Von den 60 744 Arbeitern der Lodzer Textilindustrie arbeiten 17 305 in der Woche fünf Tage, 9 554 vier, 26 185 drei und 7 700 Arbeiter nur zwei Tage. Von den Feiertagen waren fünf Fabriken, die insgesamt 3 060 Arbeiter beschäftigen, vollkommen geschlossen. In den Riesenwerken Scheibler & Grohmann werden vom 19. Januar ab sämtliche Arbeiter nur acht Tage im Monat arbeiten. Auch in der Umgebung von Lodz arbeiten die grössten Unternehmen vielfach nur noch drei Tage in der Woche.



Knebelung der Konsumvereine.

Schädigung der Reichsfinanzen und der deutschen Wirtschaft.

SPD. Die Reichsregierung hat mit dem schwedisch-amerikanischen Zündholztrust (Ivar Kreuger) zur Erlangung einer langfristigen Anleihe von 500 Millionen Reichsmark einen Vertrag abgeschlossen, welcher die Errichtung eines Zündholzhandelsmonopols in Deutschland vorsieht. Der Gewinn aus diesem Monopol fließt zum erheblichen Teil als zusätzliche Verzinsung für die Anleihe dem Schwedentrust zu.

In diesem Vertrage hat der Schwedentrust sich damit einverstanden erklärt, dass die Produktion der Zündholzfabriken der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) nicht an das Monopol abgeliefert zu werden braucht, weshalb auch aus diesem Teile der deutschen Erzeugung kein Gewinn an den Schwedentrust fällt. Der Vertrag mit dem Schwedentrust und demzufolge auch der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Zündholzmonopols sah für die GEG ein Fabrikationskontingent von 23 000 Normalkisten zu 1000 Pack Zündhölzer für das Jahr mit einer jährlichen Steigerung um 345 Kisten für die Dauer des Monopols vor. Das war schon eine erhebliche Einschränkung der Erzeugung der genossenschaftlichen Eigenproduktion gegenüber dem Gesetz über die Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündhölzern vom 28. Mai 1927, in welchem den genossenschaftlichen Zentralen die unbeschränkte Erzeugung gesetzlich zugesichert war. Die GEG wollte sich jedoch mit dem obengenannten Kontingent bescheiden, um im Interesse der deutschen Reichsfinanzen die Anleihe nicht zu gefährden.

Bei den Verhandlungen im Reichsrat über das Monopolgesetz wurde das Unglaubliche zur Tatsache: der Vertreter des Freistaats Sachsen beantragte den Artikel des Gesetzes, welcher die Erzeugung der GEG behandelt, aus dem Gesetz zu streichen und damit Zweidrittel dieser Produktionsmenge dem Schwedentrust zuzuweisen. Trotzdem der Regierungsvertreter auf die Konsequenzen dieses Antrages hinwies (Schädigung der deutschen Wirtschaft zu Gunsten des Auslandes), hielt der sächsische Vertreter seinen Antrag aufrecht. Die Mehrheit des Reichsrates war jedoch vernünftig genug, diesen Antrag abzulehnen.

Unter Assistenz des bayerischen Vertreters stellte dann der Vertreter des Freistaates Sachsen den Antrag, das Kontingent der GEG von 23 000 Normalkisten auf 19 000 Normalkisten im Jahr herabzusetzen, die vorgesehene weitere Steigerung der Erzeugung im Laufe der Monopoldauer ganz zu streichen und die Sonderabgabe, die die GEG an das Reich zu leisten hat, von 50 Mark auf 60 Mark für die Normalkiste heraufzusetzen. Diese Anträge wurden, trotz der darin enthaltenen Schädigung der deutschen Wirtschaft, vom Reichsrat angenommen.

Wie wirken sich nun diese Gesetzesänderungen auf die Reichsfinanzen und die deutsche Wirtschaft aus?

Von den Monopoleinnahmen erhält das Reich vorerst einen Betrag von 13 Mark für die Kiste. Der nach Deckung der Verwaltungskosten verbleibende Reingewinn des Monopols wird je zur Hälfte auf den Schwedentrust und das Reich verteilt. Dieser Gewinnanteil des Reiches kann sich, hoch gerechnet, auf 8,50 Mark für die Kiste belaufen, so dass das Reich aus den durch das Monopol abgesetzten Zündhölzern im günstigsten Falle 21,50 Mark pro Kiste erhält gegen 60 Mark netto für die Kiste aus dem Absatz der GEG. Diese Mehrbelastung der genossen-

schaftlichen Erzeugung von 38,50 Mark für die Kiste stellt schon ein Ausnahme= recht dar und sieht einer Bestrafung für rationelle Produktion und Wirtschafts= führung sehr ähnlich.

Auf die 4000 Kisten, die nach den Beschlüssen des Reichsrates die GEG we= niger herstellen darf, ergibt sich somit eine Mindereinnahme des Reiches von 154 000 Mark für das Jahr. Da nach dem Gesetzentwurf die GEG während der gan= zen Monopoldauer umgerechnet im Durchschnitt 28 000 Kisten Zündhölzer im Jahre herstellen dürfte, ergibt sich nach Annahme des sächsisch=bayerischen Antrages ein jährlicher Verlust für die Reichskasse von 346 500 Mark oder, auf die Mono= poldauer von 35 Jahren, eine Mindereinnahme für das Reich von 12 127 500 Mark. Diese auf Beschluss des Reichsrates der Reichskasse vorerhaltene Summe kann nur fast restlos der Schwedentrust einstreichen und er wird sicher den sächsischen und bayerischen Reichsratsmitgliedern für diese Zuwendung dankbar sein.

Aber weiter: Nach dem Vertrage mit dem Schwedentrust ist dieser an der deutschen Zündholzproduktion mit 65 Prozent beteiligt. Es ergibt sich hieraus, dass der Gewinn an den nach den Beschlüssen des Reichsrates der GEG entzogenen 4000 bzw. 9000 Kisten jährlich zu nahezu zwei Drittel ebenfalls dem Schweden= trust zugeschanzt wird. Es zeigt sich also hier, dass zu Ungunsten der Reichs= kasse und der deutschen Wirtschaft dem ausländischen Kapital Riesensummen zu= geschoben werden, auf die der Schwedentrust bei Abschluss des Vertrages garnicht gerechnet hat.

Die Beschlüsse des Reichsrates gewinnen auch dadurch noch ein erhöhtes Interesse, als das dem Reichsverband deutscher Konsumvereine in Köln, der zwar keine Zündholzfabrik besitzt, im Gesetzentwurf zugebilligte Kontingent von 3 700 Kisten bestehen bleiben soll, während die Quote der GEG glatt um 20 % herabgesetzt wurde.

Man fragt sich vergeblich, wie es möglich ist, dass bei der Lage der Reichs= finanzien und der deutschen Wirtschaft eine Körperschaft wie der Reichsrat zu Beschlüssen kommen kann, die eine derartige Schädigung der deutschen Interessen zu Gunsten ausländischer kapitalistischer Unternehmungen bedeuten. Nur blind= wütiger Hass gegen das Konsumgenossenschaftswesen hat bei den Beschlüssen Pate= gestanden, sonst wäre es nicht denkbar, dass man lieber dem ausländischen Kapi= tal Vermögen zuschanzt, ehe man der Genossenschaftsbewegung Gerechtigkeit wi= derfahren und die mit rein deutschen Kapital arbeitenden GEG-Fabriken eine an= gemessene Quote an der Zündholzfabrikation zukommen lässt.

Es darf wohl erwartet werden, dass bei der Beratung des Zündholzmonopolge= setzes im Reichstag die Volksvertreter die deutschen Belange besser zu wahren wissen als der Reichsrat und dass der Reichstag das Gesetz nach der Regierungs= vorlage in seiner ursprünglichen Form annehmen wird. Dem Geschrei einer Handvoll neidischer Händler darf das Interesse der Verbraucher, des grössten Teiles des deutschen Volkes, nicht geopfert werden.

SPD. Die Stadt Dresden beabsichtigt, das in ihrem Besitz befindliche Gas= Wasser= und Elektrizitätswerk und die Städtische Strassenbahn in eine Aktien= Gesellschaft umzuwandeln. Dadurch soll die Aufnahme einer amerikanischen Anlei= he in Höhe von zehn Millionen Dollar erreicht werden.

Dazu wird uns aus Dresden geschrieben: Der Geldbedarf der Stadt Dresden ist gegenwärtig sehr stark. Die laufenden Verpflichtungen konnten bisher nur durch Aufnahme kurzfristiger Kredite erfüllt werden, die einen sehr hohen Zin= sendienst erfordern und eine geregelte Finanzgebarung auf die Dauer störend beeinflussen. Aus diesem Grunde hat der Rat der Stadt Dresden bereits eine Vorlage über die Umwandlung der Werke verabschiedet, wonach bei der Strassen= bahn ein Kapital von rund 20 Millionen und bei den Gas=, Wasser= Elektrizitätswerken ein solches von 70 Millionen Mark in Frage kommt. Alle Aktien ver= bleiben im Besitz der Stadt und dürfen ohne Zustimmung einer qualifizierten

Mehrheit der städtischen Körperschaften und der Anleihegläubiger weder veräußert noch verpfändet werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat ausserdem in dem Gesellschaftsvertrag vorgesehen, dass die Arbeits- und Tarifrechte des Personals auch bei Ueberführung der Werke in die neue Gesellschaftsform im bisherigen Umfange aufrecht erhalten bleiben und ebenso die Beamtenrechte völlig gewahrt werden. Es handelt sich also bei der Umwandlung der Dresdner Werke keineswegs um eine Beteiligung von Privatkapital oder um eine Verpachtung, ebenso bleibt die Form eines sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betriebes ausser Betracht. Die neue Dresdner Aktiengesellschaft ist rein städtisch und alle Darstellungen, besonders der kommunistischen Presse, die von einer "Verschacherung" der Dresdner Werke sprechen, sind falsch. Das erste Angebot einer Anleihe wurde der Stadt Dresden von einer New Yorker Bank durch Vermittlung eines Dresdner Bankhauses unterbreitet. Neuerdings bewirbt sich um die Anleihe eine weitere amerikanische Bank, ausserdem ein hervorragendes Londoner Bankhaus; in letzter Zeit haben sich auch deutsche Bankinstitute um die Anleihe bemüht. Ein Angebot der Gesfürel (Gesellschaft für elektrische Unternehmen) das ebenfalls vorliegt, dürfte nicht in Betracht kommen, da hierbei eine Verpachtung der Werke oder die gemischtwirtschaftliche Form vorgesehen ist.

SPD. Die im Rahmen des internationalen Eisenpakt durchgeführte Produktionsregulierung kann sich nicht in dem Mass, wie die Eisenindustrien der beteiligten Länder es erwarten, auf die Auslandspreise auswirken, so lange der Export nicht geregelt ist. Auf Grund dieser Erkenntnis haben vor allem die deutschen Eisenproduzenten die Bildung von Verkaufsverbänden empfohlen. Diese Verkaufsverbände bedeuten nichts anderes als eine Vereinheitlichung und Regulierung des Exports. Um die Verkaufsverbände hat man lange Zeit verhandelt, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Jetzt hat in Brüssel abermals die internationale Rohstahlgemeinschaft sich mit der Frage beschäftigt; sie scheint zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen zu sein. Die Rohstahlgemeinschaft hat auch ein Komunique herausgegeben, aus dem sich entnehmen lässt, dass man den Export der beteiligten Eisenländer auf Grund der Eisenausfuhren während verschiedener Jahre festsetzen will. Die Quoten sollen dann erhöht bzw. ermässigt werden, je nachdem die Inlandsbeschäftigung nachlässt. Für den Arbeitsmarkt ist der Plan deshalb von Interesse, weil man gewissermassen durch ihn einen Beschäftigungsausgleich zwischen den verschiedenen Ländern anstrebt.

Wie es heisst, weill man auf dem Gedanken der Verkaufsverbände bzw. der Exportregelung ein Provisorium für die nächsten Monate aufbauen, das später durch ein endgültiges Abkommen abgelöst werden soll.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 14. Januar: I. 155 Mark, II. 140 Mark, III. 124 Mark je Zentner. Tendenz sehr ruhig.

SPD. Die deutsche Roheisenerzeugung hat sich im Monat Dezember abermals gesteigert und zwar wuchs die Produktion von 1090 968 Tonnen im Monat November auf 1100 378 Tonnen an. Sie betrug im Dezember 1928 nur 882 959 Tonnen. Ueber die Jahresentwicklung unterrichtet folgende Zusammenstellung, wobei sich die Produktion im Jahre 1913 auf das jetzige Reichsgebiet ohne Saargebiet bezieht:

	<u>Insgesamt</u> im Monatsdurchschnitt in 1000 Tonnen	<u>Pro Kopf der Bevölkrg.</u> im Monatsdurchschnitt in kg
1913	910	15,2
1926	804	12,8
1927	1092	17,2
1928	984	15,4
1929	1116	17,4

Die Produktion hat also im Monatsdurchschnitt und pro Kopf während des verflossenen Jahres höher als im ausgesprochenen Konjunkturjahr 1927 gelegen. Die Höchsterzeugung wurde im Verlaufe des Jahres 1929 im Juli mit 1 204 000 Tonnen bzw. 18,8 kg pro Kopf der Bevölkerung erreicht. Sie ging bis November auf 1 091 000 Tonnen bzw. 17 kg pro Kopf zurück, um im Dezember auf 1 100 000 Tonnen bzw. 17,1 kg pro Kopf anzusteigen.

Berliner Viehmarkt.

(14. Januar).

SPD. Das schlechte Geschäft auf dem Fleischgrossmarkt wirkte auf den Schweinemarkt zurück, der an sich genügend beschickt war. Fleischige Schweine von 120 bis 160 Pfund konnten die Preise behaupten. Sonst gaben die Preise in allen Klassen bei ruhigem Geschäft nach. Eine weit die Nachfrage übertreffende Beschickung wies auch der Rindermarkt auf, der ruhig bei nachgebenden Preisen verlief. Auf dem Kälbermarkt genügte das Angebot nicht. Das Geschäft war glatt bei anziehenden Preisen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 43-47 (voriger Markt 44-49), b) 31-40 (32-41), c) 25-28 (26-29),
 d) 20-24 (20-25), Kälber: a) -, b) 92-100 (88-95), c) 65-90 (62-85), d) 50-62
 (48-60), Schweine: a) (über 300 Pfund) 84 (84-86), b) (240-300 Pfd.) 83-85
 (85-86), c) (200-240 Pfd.) 85-85 (84-86), d) (160 - 200 Pfd.) 81 - 83 (82-84)
 e) (120-160 Pfd.) 78-80 (78-80), f) (unter 120 Pfund) - (g) (Sauen) 74-75
 (74-76).

Amtliche Eiernotierung.

(14. Januar).

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-
 eier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse (über 65 Gramm), 16½, Kl. A. (60 Gr.
 15, Kl. B. (53 Gr) 13, Kl. C. (48 Gr.) 10½-11, aussortierte kleine und Schmutz-
 eier 9. Auslandseier: Dänen, 18er 16; Holländer, Durchschnittsgewicht 68 Gr.:
 16½, 60-62 Gr. 14¼-14½, 57-58 Gr. 14, leichtere 11½-12½, Ungarn 12, Polen nor-
 male 10-10½; kleine, Mittel-, Schmutz-Eier 8½-9. In- und ausländische Kühlhaus-
eier: Extra grosse 12½, grosse 10-10½, normale 8 - 9, kleine 7, Chinesen und
 ähnliche 8 - 11½. Kalkeier. Normale 7-8. Witterung: regnerisch, Tendenz: flau.

Wieder lustlos.

(Getreidebörse vom 14. Januar.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in ausgesprochen lustloser Haltung. Hiervon wurde insbesondere der Roggen betroffen, der zwar in effektiver Ware durchaus nicht reichlich angeboten war, aber trotzdem seinen Preisstand nicht zu behaupten vermochte, da es an Nachfrage der Mühlen fehlte. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen schon die Eröffnungsnotierungen namentlich für den Mai merklich niedriger und mussten gleichwohl im Verlaufe der Börse noch weiter zurückgehen. Besser halten konnte sich sowohl am Zeitmarkte wie auch am Lokogeschäft der Weizen, obwohl vom Auslande schwächere Meldungen und teilweise nicht unbeträchtlich ermässigte Forderungen vorlagen. Erst die Schlussnotierungen gingen zurück. Mehl hatte weiter sehr stillen Markt bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Auch beim Hafer zeigte sich keine Belebung.

	<u>13. Januar</u>	<u>14. Januar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	246 - 250	246 - 249
Roggen	162 - 164	160 - 162
Braugerste	184 - 200	182 - 197
Futter- und Industriergerste	165 - 172	163 - 171
Hafer	140 - 150	139 - 148
loco Mais Berlin	173 - 174	173
Weizenmehl	30,00-35,50	30,00-35,50
Roggenmehl	22,25-25,75	22,25-25,75
Weizenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00
Roggenkleie	9,25- 9,75	9,00- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 267-265 $\frac{1}{2}$, Mai 278 $\frac{3}{4}$ -277 und Brief. Roggen März 182-180, Mai 193-190 $\frac{1}{2}$, Hafer März 155 $\frac{1}{2}$ -153 $\frac{3}{4}$, Mai 164-162.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 14. Januar.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM 1,40 - 1,60
" Weizenstroh "	" 1,30 - 1,40
" Haferstroh "	" 1,20 - 1,35
" Gerstenstroh "	" 1,20 - 1,30
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	" 1,35 - 1,55
Bindfadengepresstes Roggenstroh	" 1,20 - 1,40
" Weizenstroh	" 1,10 - 1,25
Häcksel	" 2,00 - 2,30
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	" 2,55 - 2,80
Gutes Heu, gesund und trocken	" 3,00 - 3,50
Luzerne, lose	" - - -
Thymothee, lose	" 4,10 - 4,60
Kleeheu, lose	" 4,00 - 4,50
Mielitz-Heu, lose, rein	" - - -
" " " (Warthe)	" - - -
" " " (Havel)	" - - -
Drahtgepresstes Heu	Pfg. 40 über Notiz.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 4.

Berlin, den 14. Januar 1930.

Ein Sondergesetz zum § 218? ^x

SPD. Der Zwickauer Medizinalrat Dr. Boeters, der bereits durch seinen Gesetzentwurf zur Sterilisierung Minderwertiger von sich reden machte, hat jetzt den gesetzgebenden Körperschaften einen weiteren Gesetzentwurf zugeleitet, der die "Regelung der Schwangerschaftsunterbrechung" zum Ziele hat. Der Entwurf, der in einigen Fachblättern bereits diskutiert wird, fordert auch zu einer Kritik vom sozialistischen Standpunkt aus heraus. Er hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Unterbrechung von Schwangerschaften, gleichgültig, wie weit sie vorgeschritten sind, darf nur in solchen öffentlichen oder privaten Krankenanstalten vorgenommen werden, deren Ärzte hierzu ausdrücklich ermächtigt worden sind. Die Ermächtigung zur Einleitung von künstlichen Früh- oder Fehlgeburten erteilen die Regierungen der einzelnen Länder unter gewissen Bedingungen und auf jederzeitigen Widerruf.

§ 2. Mit Zustimmung der Schwangeren bzw. ihres gesetzlichen Vertreters ist die künstliche Frühgeburt einzuleiten zur Abwendung einer der Mutter oder dem Kinde oder beiden drohenden, auf andere Weise nicht zu beseitigenden, ernststen Gefahr.

§ 3. Auf Verlangen der Schwangeren bzw. ihres gesetzlichen Vertreters wird die künstliche Fehlgeburt eingeleitet

a) als letztes Mittel der Errettung der Mutter vor dem Tode oder einer schweren Gesundheitsschädigung,

b) bei begründetem Verdacht von Notzucht, Schändung oder Blutschande. Dass der Verdacht begründet ist, muss durch ein Zeugnis des zuständigen Untersuchungsrichters erwiesen sein,

c) zur Verhinderung der Entstehung von Nachkommenschaft, die mit sehr üblen Erbeigenschaften behaftet ist.

§ 4. Bei jedem Eingriff müssen mindestens zwei Ärzte beteiligt sein. Jeder beteiligte Arzt hat über die Veranlassung zu dem Eingriff, über dessen technische Einzelheiten sowie über den Ausgang für Mutter und Kind an den zuständigen Medizinalbeamten in doppelter Ausfertigung zu berichten. Dieser bewahrt das eine Schriftstück zehn Jahre lang auf und leitet das andere weiter an die Landesregierung.

§ 5. Eingriffe und Nachbehandlung sind für Minderbemittelte kostenlos. Soweit die Kosten für Minderbemittelte nicht von Krankenkassen gewährt werden, kommt die Staatskasse dafür auf.

§ 6. Das Recht und die Pflicht der praktischen Ärzte, Krankenhaus- und Frauenärzte, bei schon im Gange befindlichen Früh- und Fehlgeburten Hilfe zu leisten, wird durch dieses Gesetz nicht berührt."

Herr Dr. Boeters, der eine weniger sympathische Betriebsamkeit mit gewissen Verdiensten sozialer Art verbindet, hat auch in seinem neuen Vorschlag sehr brauchbare, einen Fortschritt bringende Gedanken so sehr mit fragwürdigen Reformen vermengt, dass man der Frage, ob ein solches Gesetz wirkliche Besserung bringen kann, recht skeptisch gegenüberstehen muss. Zunächst beschränkt sich Boeters völlig auf die sogenannte medizinische Indikation, d.h. er schaltet soziale Gründe, die unter Umständen und gerade bei der Proletarierin sehr stark mitsprechen können, völlig aus und will die Schwangerschaftsunterbre-

chung nur aus einzelnen gesundheitlichen Gründen gestattet wissen. Die mittellose Frau eines Erwerbsbeschränkten oder Erwerbslosen, der bereits die Mittel zur Aufzucht ihrer 5 bis 6 Kinder fehlen, und die mit der ganzen Familie in zwei Betten einer völlig unzulänglichen Kellerwohnung haust, wird also auch, wenn alle primitivsten Lebensbedingungen für ein weiteres Kind fehlen, weiterhin dem Gebärzwang unterliegen, wenn die Auslegung der "schweren Gesundheitsschädigung" nicht für sie spricht. Schon das zeigt die Unzulänglichkeit des Boeters'schen Planes, denn das A und O unsres Kampfes um einen Teilerfolg gegen den § 218 muss die Anerkennung der sozialen Indikation sein.

Die medizinische Indikation ist, wenn auch ohne ausdrückliche, gesetzlich Verankerung, schon heute Gewohnheitsrecht. Im Falle der Lebensgefahr ist die Schwangerschaftsunterbrechung seit langem statthaft, und es ist mit Billigung der nicht immer sehr fortschrittlich eingestellten Ärzteorganisationen und unter stillschweigender Duldung der Justiz auch Gewohnheitsrecht geworden, dass bei der Attestierung gewisser schwerer Krankheiten durch den Facharzt die Unterbrechung der Schwangerschaft stattfinden kann. Diesem Zustand gegenüber bringt der Boeters'sche Gesetzentwurf lediglich die Verbesserung, dass Eingriff und Nachbehandlung für Minderbemittelte kostenlos sein sollen. Ohne Frage wäre dies wünschenswert und ein grosser Fortschritt, obschon unter Minderbemittelten gemeinhin nur Unterstützungsempfänger verstanden und die Kosten auch für den im Betriebe stehenden Arbeiter noch unerschwinglich sein werden. Aber diesem Vorteil stehen Nachteile gegenüber, die zur Vorsicht raten. Die Hereinziehung des Untersuchungsrichters ist allein schon bedenklich, wie denn überhaupt bei allen solchen Übergangsgesetzen die kritische Frage die ist, wer die Entscheidung treffen soll. Hier ist stets die Möglichkeit gegeben, dass die Ausführung durch unsoziale Kräfte den ganzen Sinn des Gesetzes illusorisch macht, zumal da gerade in der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege das "christliche" Element noch sehr stark überwiegt. Wer soll z.B. entscheiden, ob eine zu erwartende Nachkommenschaft mit üblen Erbeigenschaften behaftet sein wird? Ganz abgesehen davon, dass die Frage der Vererbung noch der endgültigen, wissenschaftlichen Beantwortung entbehrt, ist hier unsozialer, ja, politisch bestimmter Auslegung Tür und Tor geöffnet!

Ob der Inzest (geschlechtliche Beziehung zwischen Blutsverwandten) tatsächlich minderwertige Nachkommenschaft zur Folge haben muss, ist wissenschaftlich völlig ungeklärt. Namhafte Wissenschaftler bestreiten es; Russland bestraft daher "Blutschande" überhaupt nicht. Andererseits wird niemand verhindern können, dass mit § 3b des Boeters'schen Entwurfes Missbrauch getrieben wird, indem keine Judikatur (nicht einmal die deutsche) etwas dagegen machen kann, wenn eine Frau erklärt, genotzüchtigt worden zu sein, und einen Mann findet, der das zugibt. Doch das soll nur die Halbwahrheit solcher Gesetzesvorschläge dartun!

Der Boeters'sche Entwurf eines Sondergesetzes ist zweifellos vom besten Willen diktiert. Aber schon eine oberflächliche Untersuchung seiner Durchführbarkeit zeigt, dass der Kampf gegen den § 218 unlösbar mit dem Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung verbunden ist. Wer den Zuchthausparagraphen beseitigen will - und nur das uneingeschränkte Recht auf den eigenen Körper entspricht der Idee des Sozialismus! -, der muss auch die sozialen Vorbedingungen schaffen, um den legalisierten Abortus unter menschenwürdigen, Allen zugänglichen Umständen möglich zu machen, der muss gleichzeitig den Kampf für die Möglichkeit der Verhütung der Empfängnis führen, d.h. für eine nur im Zusammenwirken von öffentlichen Sexualberatungsstellen und Krankenkassen unter staatlicher Förderung zu verwirklichende Geburtenregelung. Erst wenn wir die Staatsmacht erobern, wird auch der Leib aus den unwürdigen Fesseln der Gegenwart befreit werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, ist aber besonders die Aufklärung unter der Frauenwelt darüber nötig, dass es die herrschende Klasse ist, die ihr Leben mit fluchwürdigen Gesetzen bedroht.

Walter Victor.

Margot. X

SPD. Im Sporthotel war der Teufel los. Verliebte Pärchen verkrachten sich Seelenfreundschaften gingen in die Brüche. Bewährte Kameradschaften waren dieser Probe nicht gewachsen. Warum? Weshalb? Cherchez la femme! Und besonders dieses Teufelsmädel! Margot! Margot! Schnittig. Rässig. Bestes Vollblut mit leichten zwanzig Lenzen.

Männerherzen lagen gebrochen im kristallinen Schnee von Arosa bis nach Meran. Selbst am Gipfel der Furka-Hörner hörte man noch leise flüstern: Margot. Stellen Sie sich's vor: Van Groth, der dicke Holländer fuhr Ski! Jawohl, er, Van Groth. Eher hätte ein Nilpferd Tango getanzt, als dass dieser Holländer... Sir John Walker rauchte Zigaretten und küsste Margots zarte Hände. Und Sir John Walker wurde doch mit einer Peife geboren! Wenn man noch verraten darf, dass dreissig von hundert der anwesenden Damen Margot hassten, weitere dreissig sie eine Dirne nannten und der Rest Margot töten wollte, so sagt dies schon viel. Letzter Beweis: die hübsche, kluge Ly flötete Margot zu: "Sie sind wirklich entzückend."

Margot fuhr Ski wie einrichtiger Finne. Lief Schuss über die steilsten Hänge. Riss Quersprünge wie Hannes Schneider. Und stand auf der Schanze, na, wie irgendein Olympier. Beim Sportfest am Untersee wurde sie natürlich Königin. Am Abend lagen Alle, vom Hoteldirektor bis zum Stift, zu ihren Füßen. Margot war souverän.

Auch Alex Piller und Heinz Salm zählten zu den Opfern.

Heinz kam von irgendeinem Wettbewerb, als er von Alex, der schon etliche Tage vor ihm in Arosa weilte, in Empfang genommen wurde. Aber Alex fragte nicht einmal nach der Konkurrenz. Jedes zweite Wort war: Margot. Heinz fuhr sich mit der gespreizten Hand durch sein blondes Haar: "Lass doch endlich einmal dieses verdammte Frauenzimmer!" Ein unendlich vorwurfsvoller Blick traf ihn: "Du kennst Margot nicht!!"

Als jedoch die beiden spät am Abend zur Ruhe kamen, hatte Heinz Salm, ohne zu zögern, jeden, der Margots Göttlichkeit auch nur im geringsten angezweifelt hätte, niedergeboxt. Margot war ja einfach unbeschreiblich....

Und es ergab sich folgendes Bild: zwei lange, braungebrannte Kerle mit Sehnen wie Stahl, Muskeln wie Granit, und ein rassisches Mädel mit braunem Mittelhaar und betörenden Glutaugen. Ein Kleeblatt, das von nun an immer zusammen war. Sie fuhren die Hänge von Arosa entlang, tolle Fahrten im stäubenden Weiss, mit frohen, glänzenden Gesichtern. Bis zu einem Tag - er liess lange auf sich warten - jedoch er kam.

Alex kniete im Schnee. Seine starken Finger bebten, als er Margots Bindung um ihre süssen Fessel schnallte. Sein helles Auge wurde dunkler... Heinz sah es, blickte weg und presste die Zähne zusammen, dass sie knirschten, wie härter Harsch, wenn der Ski ihn furcht. Margot aber lachte in leisen Wellen. Dann sprang sie auf und sauste im Schusse steil über den Hang. Riss einen Christiania und stand wie ein Erzbild am Waldrand.

Am Abend sassen Heinz und Alex in der Bar. Sie sprachen fast kein Wort. Einmal meinte Heinz: "Weisst du, Alex, dieses Mädel - - - du verstehst mich doch?"

"Und ob! Aber vergiss nicht, Heinz, dass auch ich Margot kenne. Mehr habe ich dir nicht zu sagen!"

Und Margot? Sie herrschte weiter. Hielt alle Marionettenfäden mit fester Hand. Fährte glänzende Regie, mit kühlem Kopf und noch kühlerem Herzen.

Dann kam der grosse Tag. Vom Mittag bis spät in die Nacht hinein gab es unentwegt Krach. Schrecklichen Krach. Es passierten Dinge, die nur durch einen ordentlichen Whisky wieder eingerenkt werden konnten. Und dies Alles, weil Margot von der Station gekommen war - - aber nicht allein - - (Es ist

nicht gut, allein zu sein) - - mit ihr kam ein Herr - - er wäre nicht beson-
ders aufgefallen, aber er hatte eine verdammte Eigenschaft, die allen sogleich
auffiel: er war Margots Verlobter.

Dieser Mensch! Er fuhr weder Ski, kletterte nicht, noch betrieb er sonst
einen Sport. Wohl aber - - schrieb er Bücher (wahrscheinlich blödsinnige), die
gekauft wurden wie warme Semmeln. So sagte Margot wenigstens.

Beim sechsten Whisky mit Soda nahm Alex einen Anlauf. Beim achten gelang
es Heinz, ihn vom Erklären über gerissene Bindungen abzubringen. Beim zwölften
Whisky ohne Soda sprach Heinz von einem gewissen Heinz Salm, der Alex's Freund-
schaft nicht wert sei. Dann brachen sie einer bauchigen Flasche den Hals.....

Margots Abfahrt war Sensation: dreissig von hundert der Damen fanden sie
entzückend, weitere dreissig hinreissend, der Rest jedoch war begeistert, ein-
fach tot vor Begeisterung.

Ly aber, die kluge Ly, rümpfte nur verächtlich ihr Stumpfnäschen.....
Harald Spitzer,

Die Gnädige persönlich. X

SPD. "Was wünschen Sie, gnädige Frau, darf ich bitten-", sagte sehr ver-
bindlich der kleine magere Verkäufer mit dem gelben, eingetrockneten Gesicht.

Die hübsche junge Frau im schwarzen Hasenpelzmantel kam jedoch erst gar
nicht dazu, ihre Wünsche: ein Pfund Spaghetti, ein Viertel Pfund Parmesankäse,
eine Schachtel Sardellenringe, bekanntzugeben. Auch dem sehr eiligen eleganten
Herren, der von dem einen gamaschengeschmückten, scharfgespitzten Schuh auf
den anderen trat, blieb sein Wunsch "Salami und Roquefort, wie gewöhnlich"
im Munde stecken. Was die weiterhin als Käufer vorhandenen zwei Leute - ein
Bureaudiener und eine Frau im Umhängtuch, ein Kind an der Hand - angeht, so
genügt es, sie nur zu erwähnen. Sie standen gleichgültig da; sie drängten
nicht; sie waren das Warten mehr als gewöhnt: es war ihre Lebensaufgabe.

Das Geräusch eines anrollenden und bremsenden Kraftwagens war kurz vorher
hörbar gewesen. Die Eingangstür zum Laden wurde geöffnet; eine Dame, middle-
ren Alters, in einen Persianermantel gehüllt, betrat das Geschäft und sagte
laut, bestimmt und mit klarer, von Erregung durchaus freier Stimme, während
sie hinter sich die Türe ins Schloss drückte: "Meine bestellten Pakete sind
noch nicht geliefert worden. Was soll das heissen! Ich habe doch gestern tele-
phonisch Auftrag gegeben. Ich verstehe das nicht!"

Sämtliche Anwesenden wandten sich ihr zu. Einen Bruchteil der nächsten Se-
kunde herrschte vollkommene Stille und Bewegungslosigkeit. Dann stürzten der
magere Verkäufer mit dem wächsernen Gesicht links herum und der lange hagere,
hüstelnde Verkäufer rechts herum hinter dem Ladentisch hervor und näherten sich
der Dame in gebeugter, demütiger Haltung. Die Kassierererin war blitzschnell
vom Sitz in die Höhe geschneilt. Sie hatte hochrote Flecken auf den Wangen,
schreckhaft erweiterte Pupillen; sie stand herzengerade "Stillgestanden".
Eine Glastür klirrte; der Chef sprang wieselfüssig herbei.

Unterdessen sprachen diese Vier fast gleichzeitig, in kurzen, atembe-
klommenen, unvollendeten Sätzen: "Vielmals zu entschuldigen...rein zufällig...
noch heute...keinen Augenblick vergessen...wie können Gnädigste nur denken...
ganz ausgeschlossen...im Gegenteil...Gnädigste können versichert sein... in
jeder Weise...nur zugewartet, weil heute vormittag neue Sendung eingelangt...
unmöglich, Gnädigste, vom alten Lager...bereits am Weg...vielleicht in diesem
Augenblick schon abgegeben...wirklich nur im Interesse einer tadellosen Be-
dienung..."

Es schien, als ob die übrigen Kunden einfach nicht vorhanden gewesen wären. Die hübsche junge Frau im Hasenpelzmantel und der Herr mit den Gamaschen fühlten ihre Beschämung nur zu deutlich. Der Bureaudiener und die Frau mit dem Umhängtuch, ein Kind an der Hand, beide gewohnt, immer im Nachteil zu sein, spürten - eine scheinbar unwichtige Angelegenheit! Es gab schmerzhaftere Zurücksetzungen - einiges Missbehagen. Alle ärgerten sich, aber sie wagten nicht ein einziges Wort. Sie gehorchten, vier brave Leuten aus allen Schichten des Volkes, sie schwiegen still, wiewohl irgendwie tief verletzt, verwundet.

Die Dame - eine wirkliche Dame, wie man nach altem Übereinkommen zu sagen pflegt; alter Reichtum - schien zufrieden zu sein. Gleichzeitig verbeugten sich Chef und Angestellte. Sie atmeten beglückt auf, als die Türe wieder einschnappte.

"Was wünschen Sie, gnädige Frau, darf ich bitten-", sagte verbindlich und wohlwollend lächelnd der kleine magere Verkäufer mit dem eingetrockneten Gesicht zu der rasch getrösteten hübschen jungen Frau im schwarzen Hasenpelzmantel.

"Fliegende" Krankenpflegerinnen. x

SPD. Wenn heutzutage eine in dürftigen Einkommensverhältnissen lebende Familie von einer Krankheit betroffen wird, so bedeutet das für sie ein grosses finanzielles Missgeschick. Die Leistungen der Krankenkassen reichen oft nicht aus; Arzt und Medikamente verschlucken den letzten Sparpfennig. Das Unglück wird vollends zur Katastrophe, wenn es obendrein notwendig ist, eine Krankenpflegerin ins Haus zu nehmen. Nur die Begüterten können sich diesen Luxus erlauben. Die Minderbemittelten müssen sich allein helfen, so gut es eben geht.

Um diesem Ubelstand abzuhelpen, hat die "Vereinigung amerikanischer Krankenpflegerinnen" in mehreren amerikanischen Grosstädten seit einiger Zeit eine interessante Einrichtung ins Leben gerufen. Man wollte in weitestem Masse die Kosten verringern, die eine für den ganzen Tag genommene Pflegerin erforderlich macht. (Ausgenommen sind natürlich die Fälle, bei denen ein Kranker ständig jemanden um sich haben muss). Die Mehrzahl der Kranken braucht eine Pflegerin ja nur zu bestimmten Zeiten. So hat denn die "Vereinigung amerikanischer Krankenpflegerinnen" einen, wenn man so sagen darf, "fliegenden" Pflegerinnendienst eingerichtet. Die Pflegerinnen werden dabei, genau wie die Ärzte, nur für ihre einzelnen Besuche bezahlt.

Wenn eine Pflegerin nur morgens oder abends benötigt wird, um etwa einen Verband zu erneuern, eine Arznei zu verabreichen, eine Spritze zu geben, erscheint die Pflegerin zur bestimmten Zeit und kann dann wieder gehen, um anderswo ihres Amtes zu walten. Beide Teile kommen dabei auf ihre Rechnung: Der Kranke spart, und die Pflegerin verdient mehr.

Die Pflege für ganze Tage wird zwar verhältnismässig gut bezahlt, aber die teure Pflegerin wird natürlich möglichst lange beansprucht; ausserdem sind zwischen zwei Pflegen oft sehr lange Pausen, in denen die Pflegerin keine Einnahmen hat. Man hofft deshalb, dass diese neue Art der Krankenpflege Erfolge haben wird. In New York, Chikago und Detroit, wo man sie anwendet, hat man bereits sehr gute Resultate damit erzielt, wobei natürlich viel von einer straffen und zweckmässigen Organisation abhängt a.u.

SPD. Ewige Jugend.^x "Glaubst Du wirklich, dass Elli erst fünfundzwanzig ist?"

"Wenn man ihren Worten glauben darf, so ist sie es seit den letzten zehn Jahren bestimmt."

Drehorgeltag. X

SPD. Ein Klang fliegt über die Strasse.... Zwischen den grauen Häusern hindurch, durch die steinerne Gleichgültigkeit des Alltags: ein Klang.... Unerhört! Hier wohnt doch das ernst-tüchtige Leben, die nützliche Arbeit, Ruhe und Ordnung und Bürgersinn. Da sollte sich von rechtswegen die Polizei darum kümmern - - ! Unerhört!!!

Etliche Häuser reissen so entrüstet die Augen auseinander, dass die Scheiben klirren.

Da - ein Lächeln fliegt über die Strasse.... Ach so! Richtig, der Drehorgeltag. Na, das ist was andres!

In den Fensteraugen der grauen Häuser sieht es eine Weile recht freundlich aus. Ein Kinderruf rernt jubelnd über die Strasse.... "Der Drehorgelmann! Aus den Haustüren kommen die Kleinen herausgestürzt, aufgereggt, mit lachenden Augen - Jungens und Mädchens. Mit einem Male sieht die nüchterne, ernste Strasse wie ein Kinderspielplatz aus - selbst die unaufhörlich getretenen und geräderten Pflastersteine fangen vor Vergnügen an zu hopsen. Husch-husch macht ein Sonnenschein flimmernd über die Strasse.... Hei! Wie da die blöden Fensterscheiben aufblinkern! Nein! Und wie froh doch die Menschen lachen können: Die Frauen, die in den Haustüren stehen - das Grossmütterchen dort im Fenster- und der wibbelige Schneidergesell drüben, der rasch vom Tisch hinunter ans Fensterbrett gesprungen ist. Und der Drehorgelmann selber, wie zufrieden er dreinsieht, da ihm von allen Seiten die Geldmünzen angetanzt kommen! "So wein dir nicht die - -" - Aus.

Der Drehorgelmann geht eine Strassenecke weiter. Bald darauf klingt's - entfernter nur: "- - Äuglein rot, nimm dir halt einen Andern!" Immer schwächer dann nichts mehr.

O, auch der würdevoll-bedächtige Alltag kann einmal einen lustigen Seitensprung tun! - - Was war's doch? Ein Klang flog über die Strasse.....

Karl Schneider - de Witt.

SPD. Gefährliche "Liebestränke".^X Die Liebestränke des Mittelalters, von denen in Sagen und Überlieferungen häufig die Rede ist, haben auch in der Praxis eine nicht unerhebliche Rolle gespielt, und zwar im Sinne einer recht robusten geschlechtlichen Aufreizung. Alte Chroniken melden den Gebrauch von allerlei Kräutern und Gewürzen wie Schierling, Bilsenkraut, Senf, Ingwer, Fenchel, Nessel, Zimt, Muskat, Nelken, Pfeffer usw. Weniger harmlos war die häufige Anwendung von Kanthariden, einer Käferart, die man zu Pulver zerrieb, und die, zumal bei jungen Mädchen, denen ein Verführer dieses Mittel dem Getränk oder Essen in grösserer Menge zusetzte, zu Blutharnen und Erkrankung des Magendarmkanals führte. Nicht weniger gefährlich war das von den alten Babyloniern angewandte Mittel, das aus der Atropa Mandragora gewonnen wurde, und das Vergiftungserscheinungen mit Pupillenstarre hervorrief. Was das Mittelalter ausserdem noch an unglaublichen, unsagbar unappetitlichen und unhygienischen Mischungen leistete, denen man aus Aberglauben geschlechtlich anregende Wirkungen zuschrieb, würde Bände füllen. Jedenfalls gibt es so ziemlich kein menschliches und tierisches Sekret, das nicht in diesen entsetzlichen "Latwergen" verwandt wurde.

SPD. Die fürsorgliche Mutter.^X "Lotte, wenn August um deine Hand anhält, dann sage ihm, dass er mit mir sprechen soll."

"Und wenn er nicht um meine Hand anhält, Mama?"

"Dann sage ihm, dass ich mit ihm sprechen werde!"

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 14. Januar 1930.

Die erbeutete Regimentsfahne.^x

Eine "Helden"geschichte von Joseph Jolinon.

SPD. Im Jahre 1914 erbeuteten die Franzosen eine sehr schöne deutsche Regimentsfahne. Die Phantasie, unterstützt von gesinnungstreuen Geschichtsschreibern, hat dieses Begebnis mit einem Legendenkranz umgeben. Aber Folgendes ist der wahrheitsgetreue Bericht, wie ihn die überlebenden Augenzeugen lauchend überliefert haben. Angesichts der patriotischen Schönfärbereien aus dieser Zeit will mir die weniger romantische Wahrheit erbaulicher erscheinen.

Ein Schlosser aus Burgund, der schon am zweiten Tage der Mobilisierung als Infanterist eingezogen wurde, trank sich am Vorabend des zur Abreise festgesetzten Tages einen sinnlosen Rausch an. Dabei war er durchaus vaterlandstreu gesinnt. Wir lebten doch damals im Zeitalter der Fanfaren, und in das Pfeifen der abfahrtsbereiten Lokomotiven mengte sich harmonisch das Klirren der Weingläser.

Der gute Mann kam am Standort seines Regiments mit einer Verspätung an, die ihm in Friedenszeiten unweigerlich einige Wochen Kasernenarrest eingetragen hätte. Er blieb unbemerkt. So beschloss er, die sich ihm anbietende günstige Gelegenheit zu benützen. Er vertauschte zwar seinen Schlosserkittel mit der Uniform, beabsichtigte jedoch nicht, sie den Unbilden des Krieges auszusetzen. Energischen Schritten durchquerte er den Kasernenhof. Der Kasernenhof war menschenleer. Das Regiment hatte sich bereits am Vorabend an die Front begeben. Der Schlosser wurde einem Ersatzbataillon zugeteilt.

Einen Monat später wurde an der Marne mit grösster Erbitterung gekämpft. Im Ersatzbataillon waren die Reservisten bestrebt, durch eifrigstes Kartenspiel auf ihre Weise zum Endsiege beizutragen, als eines Tages ein Armeebefehl eintraf. Man verlangte dringendst Verstärkungen; so und so viele Mann für jede Kompagnie. Die Kartenspieler und auch der Schlosser mussten abreisen. So fuhr ein aus Viehwagen zusammengesetzter Zug, vollgepfropft mit rotbekleidetem Menschenfleisch der Front entgegen. Für diejenigen, die es nicht wissen, muss hier hinzugefügt werden, dass damals an der Front eine erstaunliche Verwirrung herrschte. Die eintreffenden Verstärkungen wussten nicht, wohin sie sollten. Denn die Regimenter wechselten ihren Standort von Stunde zu Stunde. Man schien damals den Sieg weniger von der Ueberlegenheit der Waffen als von der unheilvollen Wirkung der französischen Weine auf die deutschen Truppen zu erhoffen. Der Zug unsres Schlossers blieb Nachts auf offenem Felde stehen. In dieser Gegend sollte irgendwo das Regiment im Kampfe stehen. Mehr wusste man nicht. Niemand kannte die Gegend, der Schlosser am wenigsten, denn heute, zum zweitenmale zum Heldentum ausersehen, war er wieder von den Banden eines wohlthätigen Rausches umfungen.

So taumelte er unentschlossen, zuerst in Gesellschaft, dann allein über das Gelände. Bald traf er mit Verpflegungskolonnen zusammen, bald musste er sich durch Kavallerieabteilungen hindurchwinden; von Offizieren aller Waffengattungen angeschnauzt setzte er seine Irrfahrt fort. Er musste stöhnenden Verwundetentransporten ausweichen, die ihn an das Kinderspital seiner Jugend gemahnten, warf sich im Granatengeheul unwillkürlich zu Boden, sprach Verwundete an, die als Antwort nur aufschriehen, und torkelte in seinem Rausche immer weiter. Er glaubte, das jüngste Gericht sei gekommen. Mehr und mehr verirrte

er sich, hoffte aber noch immer, aufgrund der unbestimmten Angaben, die ihm ein Flüchtling gemacht hatte, seine Kompanie zu erreichen. Er betastete Tote, die er für Schlafende hielt, und fragte Verwundete, die in den letzten Zügen lagen, nach der Wegrichtung. Er war mitten auf dem Schlachtfelde.

Hier muss bemerkt werden, dass im damaligen Stadium des Krieges das Geschützfeuer während der Nacht verstummte; vielleicht lauteten so die Befehle, vielleicht wurden die Gegner vom Schlaf übermannt, vielleicht fehlte es an Munition, vielleicht aber auch nur an Zielpunkten, denn die dunklen Linien existierten nur auf den Generalstabskarten, jedoch nicht auf dem Gelände.

Als unser Schlosser langsam seine Nüchternheit wiedererlangte, empfand er das Bedürfnis, sich mit den Verwundeten zu beschäftigen. Ihre Klagen hallten durch die Finsternis. Aber da er ausserstande war, jemanden zu helfen, machte sein Mitleid der Neugierde Platz. Es musste wohl ein heftiger Nahkampf getobt haben. Zahllose Leichen bedeckten das Gelände. Waffen, Verbandfetzen, Rucksäcke, leere Brotsäcke, die von Plünderern entleert worden waren, lagen umher. Auf den Schlachtfeldern sind die Raben nicht so häufig wie die Plünderer. Ein solches Schauspiel, das wohl geeignet ist, einen anständigen Menschen, besonders wenn er allein ist, erschauern zu machen, lässt einen anständigen Menschen, der Soldat geworden ist, ganz kalt. So war der erste Gedanke des Schlossers, die Leichen zu durchsuchen. Vielleicht war etwas Nützliches zu finden. In der Schule hatte er Geschichtsunterricht genossen und von wertvollen Funden auf dem Schlachtfeld gehört. Es war ein guter Gedanke. Unter einem Leichenknäuel schimmerte Gold! Er wollte die Gelegenheit beim Schopfe fassen. Das schimmernde Gold war nichts anderes als die Fransen der deutschen Regimentsfahne.

Mit Hilfe des aufdämmernden Morgens fand der gute Mann endlich seine Kompanie. Die Wachposten, die den Schlosser, die gewaltige Regimentsfahne schleppehend, bemerkten, stiessen Rufe der Verwunderung aus. "Ich komme zur Verstärkung", sagte der Ankömmling einfach. Feldwebel und Korporal kamen herbei. Die Offiziere wurden benachrichtigt. Und schon war auch der Hauptmann zur Stelle. Erstaunt erkundigt er sich, wie unser Schlosser zu der Fahne gekommen sei. Hätte der Wackere die Wahrheit sagen sollen?

Und nun begann die Ruhmeslaufbahn des Schlossers und der Regimentsfahne. Vom Bataillonschef wurden sie zum Regimentskommandeur, vom Regiment zur Division und von der Division zum Stabschef entsendet. Bis nach Bordeaux, dem Sitz der Regierung, brachte man die Fahne. In ruhigeren Zeiten würde sie von der republikanischen Garde feierlich in den Invaliden-Dom gebracht worden sein. Alle Beteiligten erhielten hohe Auszeichnungen und dreissig Tage Heimurlaub. Man stelle sich unsern Schlosser vor, der sich nun neuerdings für dreissig ruhmreiche Tage in seine Heimat zurückbegab! - "Möge unserm Siege bald der Friede folgen!" sagte er bescheiden.

Aber nach Ablauf von dreissig triumpherfüllten Tagen hiess es wieder aufbrechen. Es galt Haltung zu bewahren. Ein Held muss ein Held bleiben. So trank er sich wieder einmal einen Riesenrausch an. Im Zustande völliger Trunkenheit besteigt er den Zug, der zur Front fährt. Erst als er wieder vor seinen Vorgesetzten steht, wird er ein wenig nüchtern. "Willkommen, wackerer Bursche; wir rechnen weiterhin auf Ihren bewährten Heldenmut!" - Man stelle sich das Gesicht unsres Schlossers bei diesen Worten vor.....

(Aus dem Französischen übersetzt von Leo Korten)

SPD. In den schönen Künsten (auch in der Literatur) versteht man nur das richtig, was man nicht gelernt hat. Chamfort.

SPD. Die Liebe löst die Zunge, öffnet den Geist und öffnet sogar die Hand eines Geizhalses. Arabisches Sprichwort.

Wie ich Sozialist wurde.^x

Von Jack London.

Das nachfolgende Kapitel entnehmen wir dem bisher in Deutschland noch nicht erschienenen Buche "Klassenkampf".

SPD. Ich darf wirklich sagen, dass ich auf die gleiche Weise Sozialist geworden bin, wie die germanischen Heiden sich dem Christentum anschlossen: die Lehre des Sozialismus wurde mir mit Hammerschlägen eingehauen. In der Zeit meiner Wandlung suchte ich nicht den Sozialismus - im Gegenteil, ich bekämpfte ihn. Ich war jung und unbekümmert und sang, ohne die Existenz der "Schule des Individualismus" zu ahnen, aus vollem Halse den Hymnus der Kraft, weil ich selbst stark war. Ich besaß eine ausgezeichnete Gesundheit und Muskeln aus Stahl. Meine Kindheit hatte ich auf Gütern in Kalifornien verbracht, meine erste Jugend als Zeitungsverkäufer in den Strassen einer sauberen Stadt des amerikanischen Westens, und als junger Mensch war ich auf den Windüberwehten Wassern der Bai von San Franzisko und des Pazifischen Ozeans gefahren. Ich betete das Leben inbrünstig an und arbeitete wie ein Pferd. Ich legte mich nicht fest, schaffte mal hier, mal da, schaute die Welt an und bewunderte sie rückhaltslos.

Ich wiederhole: dieser Optimismus entsprang meiner Gesundheit und Kraft; nie war ich kränklich, und nie entliess man mich, weil ich zu schwächlich gewesen wäre, Ueberall fand ich Dienste als Arbeiter, als Matrose, als einfacher Handlanger. Eben, weil ich vor Jugend strotzte und meinen Mann bei der Arbeit stand, war ich ein rücksichtsloser Individualist. Nichts war natürlicher - war ich doch im Existenzkampf Sieger! Schon damals betrachtete ich diesen Sport, wie ich ihn ansah, und wie ich es bei Anderen zu erkennen glaubte, als einen Sport für Männer. "Ein Mann sein", das war der Wunsch, der tief in meinem Herzen geschrieben stand. Abenteuer erleben, in die Arena treten, Männerarbeit tun, (selbst für geringen Lohn), das war das Ideal, das mich begeisterte. Ich schaute in eine ungewisse, aber unendliche Zukunft, und so tat ich das, was ich für einen männlichen Sport hielt, und kam mächtig vorwärts, begabt mit einer unerschütterlichen Gesundheit und kraftvollen Muskeln.

Wie ich schon sagte, erschien mir diese Zukunft unbegrenzt. Ich drang mit herrischer Kühnheit in ein Leben ohne Ende ein, wie eine jener blonden Bestien von Nietzsche, ein freudvoller Vagabund, der die Welt durch seine physische Kraft eroberte. Ich kümmerte mich kaum um die Unglücklichen, die Kranken, die Siechen und Krüppel. Ich glaubte, es sei ihnen möglich, ihr Leben ebenso interessant zu gestalten wie ich, wenn sie sich nur wahrhaft Mühe gäben (abgesehen von unerwarteten Zwischenfällen). Sie hatten doch nur zu arbeiten wie ich. Und Schicksalsschläge? Nun, das war Fatum; man entgeht seinem Geschick nicht. Waterloo war für Napoleon ein Schicksalsschlag gewesen. Sollte ich deshalb meinen Wunsch, später ein neuer Napoleon zu werden, aufgeben? Ausserdem liess es mein Optimismus, erzeugt durch einen Magen, der Eisen verdauern konnte, und einen Körper, der trotz aller Entbehrungen blühte, nicht zu, dass ich an unerwarteten Ereignissen teilnahm, selbst wenn sie von weitem in meinen Umkreis traten.

Ich hoffe, klar gezeigt zu haben, dass ich den Ehrgeiz hatte, zu jener Oberschicht von Menschen zu gehören, die von der Natur besonders günstig ausgestattet sind. Nichts sass so tief in mir wie das Bewusstsein der Würde der Arbeit. Ohne Carlyle oder Kipling gelesen zu haben, hatte ich mir ein Evangelium der Arbeit geschaffen, das das Ihre übertraf. Für mich war die Arbeit auf dieser Erde allein die Heilung, das Heil des Menschen. Der Schwung, der mich nach einem wohl ausgefüllten Arbeitstag beseelte, lässt sich nicht in Worte fassen. Ich war der ideale Ausgebeutete, der Typ des Sklaven, glücklich, dienen zu können. Ausreisen erschien mir damals wie ein Verbrechen gegen mich und den Unternehmer, der mich entlohnte. Mir dachte, dass eine solche Tat dem Verrat gleichkäme. Anders ausgedrückt: Mein bedingungsloser Individualismus war beherrscht von der ortho-

bürgerlichen Moral. Ich las bürgerliche Zeitungen, ich hörte mir bürgerlich predigen an, und ich applaudierte aus Leibeskräften den Tiraden bürgerlicher Politiker. Ich bin überzeugt, dass, wenn die Ereignisse meine Entwicklung nicht geändert hätten, ich als Streikbrecher mein Leben beschlossen hätte, vorausgesetzt, dass mein Kopf und meine Talente nicht vorher vom Knüttel eines Radikalsyndikalisten zerschmettert worden wären.

Ich war 28 Jahre alt geworden und kam von einer sechsmonatigen Seereise zurück, als ich, von Unruhe getrieben, auf Wanderschaft ging. Auf den Radachsen oder Dächern von Güterwagen verliess ich den Westen, wo die Arbeiter, weil sie selten sind, die Qual der Arbeitssuche nicht kannten, und fuhr in die dichtbesiedelten Industriezentren des Ostens. Die Menschen waren da nicht viel mehr wert als Kartoffeln und zerfleischten sich gegenseitig um einen Arbeitsplatz. Dieses letzte Abenteuer liess mich das Leben aus ganz anderen Augen ansehen. Ich war aus dem Proletariat in die Schichten hinabgestiegen, die die Soziologen als "10. Schicht" bezeichnen, und ich entdeckte mit Entsetzen, aus welchen Quellen man diese Schicht speiste. Ich fand da ein Kunterbunt von armen Teufeln, von denen mir viele die besten Anlagen zu haben schienen, und die gleich mir die Nietzsche Bestien angebetet hatten: Matrosen, Soldaten, Tagelöhner, mit zerfleischten Gliedern, zermürbt und verunstaltet von der Arbeit, von Entbehrungen und Unfällen. Von ihren Unternehmern waren sie weggeworfen worden wie altes Eisen. Mit ihnen habe ich das Pflaster getreten, mit ihnen die Türen ungastlicher Häuser zugeschlagen; an ihrer Seite habe ich in Planwagen und auf Parkbänken nächtens gefroren. Sie haben mir die traurige Geschichte ihres Lebens erzählt. Wir haben unter dem gleichen Glücksstern begonnen, ihre Körper und ihre Magen funktionierten ebenso gut, wenn nicht besser, als der meine - und alle diese Wesen endeten nun im Schlachthaus, da, vor meinen Augen, in der tiefsten Tiefe des sozialen Abgrunds.

Mein Hirn begann zu arbeiten. Das Strassenmädchen, der Mann im Chausseegraben waren mir nicht mehr fremd. Ich sah das Gemälde des sozialen Elends mit so grosser Deutlichkeit, als wäre es ein greifbarer Gegenstand. Ganz im Hintergrund in einigem, nicht sehr grossem Abstand von den andern, mühte ich mich, die glatten Wände des Schachts emporzuklettern. Ich gestehe, dass mich ein unsagbares Grauen erfasste. Was wird sein, dachte ich, wenn meine Kräfte schwinden? Wenn ich mich nicht mehr mit den starken Menschen der zukünftigen Generation messen kann? Und ich sagte mir: Mein ganzes Leben habe ich geschuftet wie ein Vieh. Trotzdem sehe ich, dass ich tiefer denn je im Abgrund stecke. Gewiss, ich werde aus diesem Abgrund herausklettern. Aber nicht durch die Kraft meiner Hände. Zu Ende sei es mit dem Frondienst! Ich will nicht selig werden, wenn ich künftighin einen einzigen Tag körperliche Arbeit verrichte, ohne dass die unbedingte Notwendigkeit mich dazu zwingt. Von da an war meine Hauptsorge, jeder ermüdenden Arbeit zu entfliehen.

Aber kehren wir zu meiner Wandlung zurück! Man hat gesehen, mit welcher Gewalt die Kraft der Geschehnisse mich aus jenem Individualismus herausgerissen und mich auf die ganz entgegengesetzte Seite gestellt hat. So, wie ich individualistisch gewesen war, ohne es zu wissen, so war ich jetzt unbewusster Sozialist, d.h. meinen Ueberlegungen fehlte die wissenschaftliche Grundlage. Ich wurde wiedergeboren, ohne einen neuen Namen zu bekommen; ich suchte, zu welcher Art von Wesen ich wohl gehören könnte. Seit meiner Rückkehr aus Kalifornien las ich Bücher. Ich erinnere mich nicht mehr, was ich zuerst las, aber das ist auch nicht wichtig. Alle meine Gedanken neigten sich schon zu der einen Lehre. Durch die Bücher entdeckte ich, dass ich Sozialist war.

Seit damals habe ich viel gelesen. Aber kein ökonomischer Grundgedanke, keine noch so glanzvolle Arbeit über die Logik, keine Verkündigung des Sozialismus haben mich so im tiefsten und mit solcher Ueberzeugungskraft gepackt, wie der Tag, an dem ich zum erstenmale die Wände des sozialen Abgrunds sich um mich schliessen sah und fühlte, wie ich hinab in die Tiefe glitt.

Berliner Bilderbogen.

Chamäleon Berlin.

SPD. Wenn man auch nur drei, vier Wochen von Berlin abwesend war und dann zurückkehrt, dann meint man manchmal diese Stadt kaum wiederzuerkennen. So schnell verändert sich hier alles. In allen anderen Teilen des deutschen Reichs lebt man viel langsamer, gemütlicher. Alles ist an seinem Platze, und keiner macht sich Sorgen, dass einmal ein Ding nicht mehr an seinem altgewohnten Orte stehe. In Berlin ändern sich die Dinge über Nacht. Man muss jede Woche umlernen. Im Dezember war der Sklarek=Skandal in höchster Blüte. Jede Stunde kam eine andere Zeitung mit einer anderen Ueberschrift, die etwas Neues und oft auch nichts Neues zu dem Fall brachte. Der Name war zum üblen Schlagwort geworden, und die ganze übrige Welt wurde nur so nebenbei kurz erwähnt. Die neuen Teuerungen, die inzwischen Tatsache geworden sind, spukten. Man sah schon ausser den höheren Preisen für Gas, Wasser, Licht und Verkehrsmittel alle anderen Preise klettern, und die minderbemittelte Bevölkerung rechnete schon sorgsam und ängstlich nach, wie die neuen Teuerungen auszugleichen seien. Auf dem Kurfürstendamm und in seiner nächsteh Umgebung wuchs ein Vergnügungsetablisement neben dem andern aus dem Boden; eines war prunkvoller und luxuriöser ausgestattet als das andere, und es war phantastisch, was die Wirte ihren Gästen alles zu einer Portion Kaffee bieten mussten. Manche schüttelten ernst die Köpfe und fürchteten den Satz auszusprechen: dass alles genau so aussehe wie in den unerfreulichen Zeiten in denen die Inflation begann.

Die grosse Pleite.

Nun - es ist, wie man heute sieht, nicht zu einer Inflation gekommen, dafür aber ist man mitten in einer recht ausgewachsenen Pleite. Diesmal kracht es besonders in der Vergnügungsindustrie. Die in bizarrem Tempo und unsinnigen Ausmassen errichteten Tanzpaläste und Cafés sind nach kurzem Leben verkracht, und manches dieser leichtsinnigen Unternehmen reisst auch solide in dem allgemeinen Trubel mit. Jetzt gilt nicht mehr der Satz: je später der Abend, desto schöner die Gäste. Man zittert vor dem letzten Gast, denn das ist zumeist ein unscheinbarer, bürgerlich angezogener Herr mit einer Aktenmappe unter dem Arm, der nicht zum Amusement an die Kasse tritt, sondern nur seinen Ausweis vom Steueramt zeigt und die Abendeinnahmen pfändet.

Daneben gehen die Pleiten in der Textilindustrie lustig oder auch nicht lustig weiter. Einer reisst den andern mit, und man muss demnächst erst einmal ins Lexikon schauen, wenn man wissen will, was das in anderen Zeiten geprägte Wörtchen "Barzahlung" eigentlich für eine Bedeutung hatte.

Auch im Theatergebälk kracht es.

Daneben kommen die grossen Theaterkrachs. Man liest heute keine Kritiken mehr. Man liest nur die letzten Schlachtberichte über das, was hinter den Kulissen vorgeht. Was auf der Bühne dargestellt wird, ist Nebensache, und mancher Kritiker ist umgesattelt und zum Kriegsberichterstatter geworden. Alles schreit dass die Theaterverhältnisse ganz katastrophal sind; und wenn sich ein Theaterdirektor erschiesst, weil er keinen andern Ausweg mehr weiss und das Theater, das er hatte, ob seiner katastrophalen Lage in Grund und Donner verrissen wird, dann sind am nächsten Tage ein Dutzend andere Leute da, die auch Direktor spielen wollen und weiss Gott woher schönes Geld haben, das sie unfehlbar in spätestens ein paar Wochen los sind.

Sind die Pleiten ehrlich?

Auf diese Frage hat mir ein Konkursverwalter mit unbedingtem "Ja" geantwortet. Sie sind es sogar zu sehr. Das heisst: die meisten Unternehmer waren zu optimistisch. Sie wussten, dass es in der ganzen Branche schlecht stand. Aber an ihr Unternehmen glaubten sie. Und als sie in Schwierigkeiten kamen, kratzten sie die letzten Pfennige zusammen; die Familie musste aushelfen, alles, bis kein bare Pfennig mehr da und alles aus war. Die meisten dieser Konkurse, von denen man

in den letzten Tagen gelesen hat, hätten schon viel früher angemeldet werden müssen. Da hätte man vielleicht noch Mittel und Wege gefunden. Aber ohne jegliche Barmittel lässt sich auch nicht weiterwursteln. Und Geld gibt man heute kaum für eine gute Sache, wie viel weniger für eine faule.

Der grosse Krach im Rathaus.

Auch der kostet Geld. Jede Sitzung dreitausend Mark. Davon könnte schon mancher Hungerige für ein paar Tage satt zu essen haben. Aber die Krachs sind obligatorisch, wie es scheint. Man ist seinen kommunistischen Wählern doch etwas schuldig. Aber die Wähler, scheint mir, haben doch etwas anderes erwartet. Es ist wirklich nicht hübsch, momentan in Berlin.

Auch das Sparen ist teuer.

Langsam fängt man an, auszurechnen, wieviel die Stadt Berlin beispielsweise die Einstellung verschiedener Bauten kostet. Das Begonnene muss natürlich in= stand gehalten werden. Das kostet schon eine Kleinigkeit. Die vergebenen Auftri= ge kann man auch nicht ohne weiteres annullieren. Die Baufirmen haben sich dar= auf eingerichtet, Material beschafft, Leute engagiert, Vorarbeiten gemacht. Jetzt verlangen sie eine angemessene Entschädigung. Das kann man ihnen nicht einmal übel nehmen. Die Stadt Berlin wird dafür zahlen müssen, dass ihre Baugelder in den Schacht gefallen sind. Und schon beginnt man weitere Folgen auf dem Ar= beitsmarkte zu spüren. Was sich da noch auswirken wird, ist vielleicht die trau= rigste Seite an der ganzen Sache.

Die Sextaner machen Sorgen.

Vor etlichen Jahren ging es noch reichlich vergnügt zu im deutschen Väter= lande. Die Folgen davon kommen Ostern in die Sexta. So vergnügt war das damals, dass jetzt einhundertundzwanzig Lehrer mehr da sein müssten und die entspre= chenden Klassenräume. Die Statistiker, die alles immer nicht nur genau, sondern auch vorher wissen, haben schon lange darauf hingewiesen. Jetzt sitzt Berlin da und zerbricht sich den Kopf, wo es mit den vielen Sextanern Ostern hin soll.

Das neue Jahr fängt gut an, und man lächelt bitter über den Optimismus des Industriezweiges, der trotzallem auf Plakaten und in Inseraten mitzutei= len beginnt, dass es allmählich Zeit werde, sich auf den Fasching einzurichten.

Delta.

Schacht, x

Von Ludendorff hab' ich den Schneid, die Menschen zu brüskieren,
Von Wilhelm II. die Plötzlichkeit, Entschlüsse durchzuführen.

Ich bin der Mann der starken Faust und weiss was einzubrocken.
Jetzt kam ich nach dem Haag gebraust; da blieb kein Auge trocken.

Wo ich erscheine, geht es schief. Ich brauch' mein Krisenquantum.
Mal treib' ich quer durch einen Brief, mal durch ein Memorandum.

Politisch mach' ich nichts als Pfusch. Ich sitz' auf hohem Pferde.
In mir kam Zieten aus dem Busch als Bankmann auf die Erde.

Noch schützen die Statuten mich. So lang', wie sie nicht schärfen,
Fall' Curtius in den Rücken ich und Deutschland auf die Nerven.
Jodok.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

7)

SPD. "Wie ist es 'n", beharrte der Londoner, "ich habe gehört, die Leute leben da bloss von Makkaroni und rohem Zeug. Und was für 'ne Art Ort ist Venedig? Als ich noch klein war, erzählten sie mir eine Masse Sachen, es wäre 'ne Stadt im Wasser, und man führe da in Booten 'rum und so. Was sie den Kindern für 'ne Masse Blech erzählen! Auch dagewesen, du?"

"Ja", antwortete Brown, "es liegt wirklich quasi im Wasser, und statt der Taxameter hat man Boote; ausserdem stinkt es, im Sommer sogar wie die Pest."

"Das ist immer das schlimmste mit diesen fremden Völkern - eine unsaubere Bande sind sie." Hale richtete sich auf, um auszuspucken.

"Ja - und nein", entgegenete Brown, "aber manchmal vergisst man den Gestank, im übrigen gewohnt man sich an ihn, und manchmal ist er auch gar nicht da. Dann ist es wundervoll... ganz wundervoll. Einen Mond gibt es da - einen Spezialmond, tatsächlich, den man sonst nirgends zu sehen bekommt. Vielleicht ist er nicht schöner als unserer hier - das wäre kaum möglich - aber er ist... Oh, ja, es ist ganz, ganz anders. Er scheint auch aus dem Wasser herauf, nicht etwa in gewöhnlichen Reflexen, wie andere gewöhnliche Monde, sondern ganz tief vom Grunde her - So sieht er hinauf und füllt uns die Augen mit einer fast schmerzhaften Schönheit..."

Hale streckte seinen Arm aus und puffte Morelli in die Seite. Er nickte mit dem Kopf zu Brown hin, der sprach, als ob er den Palmwipfeln hoch oben etwas erzählte. "Er ist ganz weg", flüsterte der Londoner, und Morelli nickte.

"...Aber dieser Schmerz ist schön", tönte Browns Stimme, "die Gondeln tragen Laternen, die schwingen und tanzen... farbige Lichtstrahlen streicheln das Wasser, und dann fängt der Gondolier, der eigene - oder ein fremder- irgendeiner... an zu singen. Dann liegt man da und glaubt noch nie etwas so Herrliches gehört zu haben... Alle singen sie, mit grossen, dunklen, weichen Stimmen...."

"Halt!" Hale setzte sich aufrecht. "Halt! Wie zum Donnerwetter kann den ei Stimme dunkel sein? Das möchte ich doch wissen!" Er sandte einen fragenden Blick in die Runde.

"Halt den Rand, London", sagte Morelli. "Du bist ein ganz unwissendes Armloch; benimm dich und lass ihn reden." Er wandte sich im Sitzen zu Brown. "Du, Hauptkerl", sagte er, "wie ist denn da die Sache mit den Meechens?"

"Richtig", stimmte Abelson zu, "wie sind die Unterröcke."

"Nimm das Levi nicht übel", warf Hale ein.

"Keineswegs". Brown sass eine Weile regungslos, die Augen auf die Zweige über ihm gerichtet. Hale wollte gerade wieder den Mund auf tun, aber Morelli gab ihm einen Rippenstoss, legte den Finger auf die Lippen und schüttelte den Kopf.

"Italienische Frauen", fuhr Brown fort, "italienische Frauen sind dick, fett und formlos; sie riechen nach Knoblauch und - nach italienischer Frau." Er hielt inne. "Aber italienische Mädchen---ein italienisches Mädchen kann das entzückendste Geschöpf auf Erden sein... Italienerinnen sollten mit sechsundzwanzig Jahren vergiftet, vor diesem Alter aber vor allen anderen Frauen der Welt geehrt werden...."

Da war einmal ein Mädchen... eine erstaunliche Sache... sie hiess Lisabetta. Mein Gott, war sie süss!" Er brach in Lachen aus. "Eine tolle Geschichte das!"

"Na, dann schiess mal los", sagte Hale.

"Jetzt bist du still!" Morelli zog ihn herunter und legte ihm die Hand auf den Mund.

"Vielleicht klingt es gar nicht so merkwürdig, wie es wirklich war", fing Brown an, der mehr zu sich selbst als zu den anderen zu sprechen schien. "Also: Venedig - es war - na, so vor etwa sieben Jahren im Karneval, wenn die ganze

Stadt - oder jedenfalls die grössere Hälfte, vollkommen aus dem Häuschen ist. Ich war es auch - die anderen sind es tagelang...Aber man weiss ja nie, wie lange es eigentlich dauert, wenn man mitten drin ist, weil man so bildschön betrunken ist...nicht etwa müde oder zum Brechen betrunken, sondern einfach herrlich verrückt betrunken...wenn man lauter törichtem Blödsinn treibt und ihn für fabelhaft hält, wenn alle Farben der Welt in wundervollen Zusammenstellungen vor den Augen leuchten, wenn man Häuser einreissen möchte, wenn man kämpfen möchte wie eine Mischung von Sam Langford, Hackenschmidt und Cyrano de Bergerac, wenn man lieben möchte wie Don Juan....

Damals war ich einige Tage lang in diesem seligen Taumel...Irgendwo sass ich in einem gottverlassenen Lokal, um mich herum tobte die Menge und warf mit Blumen und jenen bleiernen Konfetti schaufelweiss um sich, die wie ein höllischer Regen stechen.... Ich sass sehr, sehr betrunken auf meinem Stuhl, der an einem Tische stand...Immerfort bekam ich Flaschen zugereicht...Aus einem mächtigen Sack voll Konfetti befeuerte ich alles, was hereinkam....Ich erinnere mich an einem grossen fetten Juden in einem rosa Domino, der gerade da war, ehe Lisabetta auftauchte. Er bekam drei Schaufeln voll und lief schreiend hinaus....Dort trank ich eine der Flaschen aus und sah um mich....da war sie, mit einem karierten und ziemlich schmutzigen Domino über ihren gewöhnlichen Kleidern. Ihre Maske hatte sich gelöst und hing an einem Band von einem Ohre herab, dessen Läppchen man unter ihrem blauschwarzen Haar gerade noch sehen konnte...Ich brüllte irgend etwas und wollte sie mit Konfetti bewerfen....Aber dann sah ich, obgleich ich völlig betrunken war - oder vielleicht gerade deswegen - dann sah ich, dass sie gar nicht mitspielte. Sie fürchtete sich vor irgend etwas - sie war ganz starr vor Angst. Grosse, riesige, schwarze, sanfte Augen hatte sie...ihr Körper war ein Gedicht...aber ihr Gesicht ganz grau...Romanische Frauen werden nicht weiss, aber dies Grau ist noch viel schlimmer...und ihre Augen starrten schreck erfüllt....Dann...plötzlich...verkrochen sie sich. Ein ekelhafter grosser Kerl mit einer Teufelsmaske in rotem langen Rock kam brüllend auf sie zugestampft, ergriff sie am Handgelenk und sagte etwas zu ihr, worauf sie den Kopf schüttelte und ihren Arm fortzuziehen versuchte...ihre Lippen zitterten, die graue Farbe ihres Gesichtes wurde heller...Dann....dann....ich weiss nicht mehr, wie...jedenfalls sprang ich vom Stuhl und Tisch mit einem Satz den riesigen Burschen an...er war etwa so gross wie ich, aber dicker...und stürzte rücklings hin....Ich schlang einen Arm um das Mädchen, und sie lehnte sich an mich; ich fühlte, wie sie zitterte, als sie etwas sagte. Ich konnte nichts verstehen, aber ich wusste genau, was sie meinte.

Das fette Ekel sammelte seine Knochen auf und kam mit gesenktem Kopf und wie ein Karussell kreisenden Armen auf mich los. Ich gab ihm eins in die Fresse, worauf er sich auf dem Rücken legte, während seine Nase reichlich unter der Maske hervor blutete....Aber dann passierte, bei Gott, das allermerkwürdigste....Das Mädchen, das kleine furchtsame Kind glitt unter meinen Armen durch, und ich sah in ihrer Hand ein Messer...Gerade, als sie sich über den Dicken beugte, kriegte ich sie zu fassen, sie liess das Messer fallen und schien fast bewusstlos....

Um mich herum war die Hölle losgelassen. Ich hatte Lisabetta über einen Arm gehängt, als der Dicke hochkam und wieder auf mich losging....nun hatte ich die Hände nicht frei, um ihn niederzuschlagen..., und musste warten, bis er herankam und mir ein paar versetzte...oben auf den Kopf, bitte sehr.

(Fortsetzung folgt.)